

Wöchentlich 75 Pf. monatlich 2.25 M.  
(Incl. 87 Pf. monatlich für Zustel-  
lung ins Haus) im voraus zahlbar.  
Postbezug 3.97 M. einschließlich 60 Pf.  
Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestell-  
gebühr. Kleinanzeigenabonnement 3.00 M.  
pro Monat; für Länder mit ermäßig-  
tem Postzuschuss 4.65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-  
lich zweimal, „Sonntags und Rau-  
tags einmal, die Abendausgabe für  
Berlin und im Handel mit dem  
Titel „Der Abend“. „Zusätzliche  
Sonntagsbeilage „Volk und Welt“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands



Donnerstag  
30. Juni 1932  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernspr.: Dönhof (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3, Dr. B. u. Disck. - Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

# Jetzt zeige dich, rotes Berlin!

## Um das „Vorwärts“-Verbot.

Preußen entscheidet heute. — Dressefnebelung zum  
Schutze Hitlers?

Außer dem „Vorwärts“-Verbot verlangt die  
Regierung von Papen auch das Verbot der „Kölni-  
schen Volkszeitung“, des Hauptorgans der rheini-  
schen Zentrumspartei, auf fünf Tage. Das Schreiben,  
das der Reichsminister des Innern deshalb  
an den preussischen Innenminister gerichtet hat,  
gibt als Grund für das Verbot der „Kölnischen Volks-  
zeitung“ deren scharfe Kritik an der Lausanne-  
Tätigkeit des Herrn von Papen an.

Der preussische Innenminister wird, wie wir er-  
fahren, seine Entscheidung über beide Verbotsan-  
träge erst im Verlaufe des Donnerstags be-  
kanngeben. Sollte das preussische Innenmini-  
sterium zu einem ablehnenden Bescheid gelangen,  
so würde die Sache zur Entscheidung an das  
Reichsgericht gehen.

Für das Verbot des „Vorwärts“, das die Regierung von  
Papen fordert, darf man ihr wenigstens ein Kompliment  
machen: das Kompliment der vollendeten Uneigen-  
nützigkeit. Denn sie fordert, wenn man die Sache in ihrem  
politischen Kern betrachtet, dieses Verbot nicht für sich, sondern  
im Interesse ihres Bundesgenossen Adolf Hitler.  
Um Hitler vor der allerding's peinlichsten Ent-  
tarnung zu schützen, muß der unbequeme „Vorwärts“ ver-  
boten werden.

Die Regierung von Papen bedarf zum mindesten  
keiner Enttarnung. Sie ist so eindeutig reaktionär,  
daß niemand von ihr etwas anderes erwartet hat als  
unsoziale Gesetze. Niemand hat je geglaubt, daß die  
Erwählten des Herrenklubs in die Lage eines Unfall-  
rentners oder einer Kriegerwitwe sich einführen  
könnten. Der Enttarnung dagegen bedarf die hinter-  
hältige und doppelzüngige Politik Adolf  
Hitlers, der, solange republikanische Regierungen am Ruder  
waren, übertrömte von Phrasen des Mitgeföhls für die Armen  
und Bedrückten, dessen Herz sich aber jäh verhärtet hat,  
seitdem die Regierung von Papen am Ruder ist. Unerhörte  
Lasten, wie von keiner Regierung zuvor, werden dem Volk  
auferlegt. Adolf Hitlers Presse schweigt dazu oder  
windet sich in unverbindlichen Redensarten. Verzweif-  
lungsausbrüche der Armen und Kernsten konnte man bei der  
Auszahlung der gekürzten Renten erleben. Das ist für Adolf  
Hitlers Partei jetzt nebensächlich, Hauptsache: man hat  
die SA, wieder, die neuen Uniformen und die Aufhebung des  
Demonstrationsverbotes. Für das Recht der Braunhemden,  
die friedliche Bevölkerung verprügeln zu dürfen, können —  
das ist der tiefste Sinn der Politik der NSDAP. —  
ruhig ein paar Millionen Kriegsgesopfer, In-  
validen, Arbeitslose im Elend verpfänden.

Für die 30 Silberlinge seiner Parteiuniform hat der  
nationalsozialistische Judas das werktätige Volk verraten.

Das und nichts anderes haben unser Extrablatt  
und unsere Karikatur ausdrücken sollen. Also nichts, was die  
Reichsregierung von Papen irgendwie „böswillig verächtlich“  
macht. Warum auch? Die Reichsregierung hat ganz kon-  
sequent im Sinne ihrer ersten Ankündigung ge-  
handelt, in der sie sich zu dem Grundsatz bekannte, daß der  
Staat keine Wohlfahrtsanstalt sei. Man mag ihre  
Gesetze brutal, unsozial, schamacherisch nennen,

aber man kann nicht sagen, daß die Reichsregierung das Volk  
über ihre Absichten getäuscht hat.

Getäuscht hat das Volk die Partei Adolf Hitlers! Und  
das gestehen wir zu, in dem Sinne bekennen wir uns  
„schuldig“. Diesen Volksbetrug zu entlarven, diese  
Partei der Verachtung preiszugeben, die  
soziales Mitgeföhls heuchelte, bevor sie an die Macht gelangte,  
das betrachten wir als unsere vornehmste Aufgabe,  
von der wir uns durch niemanden abbringen lassen. Immer  
wieder werden wir dem brutalen faschistischen Machtwillen  
die schlechthigende Maske sozialer Empfindsamkeit vom Gesicht  
reißen.

Aber einstweilen gibt es kein Gesetz und keine  
Notverordnung, die die Verächtlichmachung Adolf  
Hitlers und seiner Partei verbietet. Das dürfte auch die  
preussische Regierung einsehen. Die preussische Regierung  
dürfte aus der Erkenntnis ihrer führenden Männer, die im  
Gegensatz zu den meisten Herren der Reichsregierung auf eine  
langjährige politische Laufbahn zurückblicken  
können, Verständnis dafür haben, daß die Spitze unserer An-  
griffe sich nicht gegen die Reichsregierung, sondern gegen die  
Hitler-Partei gerichtet hat, daß wir nichts weiter sagen  
wollten, gesagt haben und immer wieder sagen werden als:

Für die Zulassung seiner Privatarmee toleriert  
Hitler das Kabinett von Papen, duldet er Notverord-  
nungen, Rentenfludges, unsoziale Steuern, gegen die er  
eine Sturmflut des Protestes entfesselt hätte, wenn  
sie statt des Namens von Papen etwa den Namen  
Brüning als Unterschrift getragen hätten.

Das sagen wir — und wir dürfen es sagen nach

## Jetzt zeige dich, rotes Berlin!

Am Montag demonstriert das rote Berlin im Lustgarten.  
Hunderttausende sagen: „Endlich!“

Hunderttausenden fällt ein Druck von ihrer Seele: „Am  
Montag wird demonstriert!“

Also eine Lustgarten-Demonstration mehr? Nein und aber-  
mals nein! Das soll viel mehr sein, als eine jener Ver-  
anstaltungen, die von Zeit zu Zeit von den verschiedenen  
Parteien veranstaltet werden!

Es soll eine Kundgebung werden, die einen Wende-  
punkt in der deutschen Geschichte aufzeigt.

Alle, die dabei waren, sollen später einmal sagen  
können: „Von da an ist es wieder anders geworden!“

Ganz Deutschland, die ganze Welt sollen den Schritt  
und den Schrei dieser Massen hören, die für die Frei-  
heit marschieren!

Wer gegen die Hitler-Barone demonstrieren  
will, kommt mit!

Wer gegen die Hungersnotverordnung der  
Papen-Regierung protestieren will, kommt mit!

Wer gegen den Terror der SA.-Banden pro-  
testieren will, kommt mit!

Kein Mißton, kein Streit, keine Disziplinlosigkeit darf die  
einheitliche Macht dieser Manifestation stören. Arbeiter,  
steht zusammen im Zeichen der drei Pfeile: Aktivität,  
Disziplin und Einigkeit!

Hunderttausende haben darauf gewartet. Nun ist es Zeit  
Die Eiserno Front ruft!

Jetzt zeige dich, rotes Berlin!

geltendem Recht. Freilich dürften wir es nicht sagen, wenn  
heute schon das sogenannte „Recht“ des Dritten Reiches gelten  
würde. Aber wir nehmen an, daß das Reichsgericht,  
an das wahrscheinlich die Sache zur Entscheidung gehen wird,  
nach geltendem Recht und Gesetz urteilen wird.

Jedenfalls — eins wissen wir schon jetzt: das Volk  
versteht den Sinn unserer politischen Agitation, das Volk, das  
heute schon beim Anblick der „Notverordnungsjacken“, wie  
der Volksmund in richtigem Instinkt sie getauft hat, den  
Spottreim singt:

SA. hat neue Treffen,  
Das Volk hat nichts zu fressen!

Ein Wort noch über die willkürliche Hereinziehung des  
Reichspräsidenten in die offizielle Begründung des  
„Vorwärts“-Verbotes. Wir verwahren uns auf das schärfste  
gegen diesen neuen Versuch der nach parlamentarisch-demo-  
kratischem Recht allein verantwortlichen Reichs-  
minister, sich hinter die breite Figur des Staatsober-  
hauptes zu verstecken. Diese Taktik ist weder tapfer noch  
zulässig. Richtig ist nur, daß die Regierung von Papen, die  
das Vertrauen keiner Partei besitzt und von der sogar die  
ihm am nächsten stehenden Deutschnationalen und National-  
sozialisten aus taktischen Gründen sich zu distanzieren bemüht  
sind, das Vertrauen Hindenburgs genießt, der sie ja als  
„Präsidentalkabinett“ eingesetzt hat. Aber es grenzt an Miß-  
brauch mit dem Namen und der Person des Reichspräsi-  
denten, wenn die Regierung bei jeder passenden und un-  
passenden Gelegenheit das Staatsoberhaupt als  
Kugelfang vorschiebt, um unbequemen Kritiken an  
ihren Handlungen und Unterlassungen vorzubeugen oder gar  
um Zeitungsverbote zu begründen. Sollten wir es einmal  
für nötig halten, gegen den Reichspräsidenten persönlich  
wegen einer bestimmten Handlung Vorwürfe zu erheben,  
wird es uns nicht an Mut fehlen, ihn ausdrücklich zu nennen.  
Wir fordern aber, daß auch die Reichsregierung den  
Mut aufbringt, für ihre Taten geradezustehen und daß sie in  
Zukunft solch wenig würdiges Spiel mit der Person Paul von  
Hindenburgs unterläßt.

## Länderrecht „im Einzelfall“.

Die neuen Notverordnungen.

Den neuen Notverordnungen über das Uniformfragen  
und die Demonstrationsfreiheit merkt man deutlich den  
Kummer an, mit dem sie erlassen worden sind. SA. fordert  
drohend Uniform- und Demonstrationsfreiheit in ganz  
Deutschland. Die Reichsregierung konzidiert sie, stößt damit  
die süddeutschen Regierungen vor den Kopf — und schafft  
dann doch wieder Ausnahmen, weil sie selber fühlt, welche  
Ungeheuerlichkeit sie zu tun im Begriff ist. Die Länder-  
regierungen sind also jetzt außerstande, Uniform- und Demon-  
strationsverbote von sich aus für ihr ganzes Gebiet zu er-  
lassen, sie können aber „im Einzelfall“ Verbote aus-  
sprechen. Wie oft solche „Einzelfälle“ eintreten werden, kann  
man sich leicht vorstellen.

Bedeutet die neuen Verordnungen für Süddeutsch-  
land ein Minus an staatlichen Hoheitsrechten, so bedeuten sie  
hinwiederum für Preußen ein Plus an Möglichkeiten zum  
Einschreiten. Preußen hatte bis jetzt überhaupt keine Mög-  
lichkeit, Uniformverbote zu erlassen, weil ihm alle rechtlichen  
Stützen dafür weggeschlagen waren. Jetzt hat es aber wieder

# Montag 17<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Lustgarten



Für Uniformverbote „im Einzelfall“ eine rechtliche Grundlage. Allerdings müssen sich die Länderregierungen darauf gefaßt machen, daß dann wieder die Reichsregierung dazwischen fährt und alles wieder anders wird. Aber jetzt wird nun einmal in Deutschland so hin- und hergeregt, und wenn einem dabei auch etwas schwindlig wird, schließlich gewöhnt man sich an alles!

## Das Echo aus Köln.

Zum Verbotantrag gegen die „Kölnische Volkszeitung“.

Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt zu dem Antrag des Reichsinnenministers, das Blatt auf fünf Tage zu verbieten, u. a. folgendes:

„Es ist kein Zufall, daß eines der ersten Opfer des neuen Systems die „Kölnische Volkszeitung“ werden soll, die in diesen Tagen mehr denn je ihre Mission als Dolmetscherin der Stimmung des wirtschaftlich und politisch gleich wichtigen westlichen Landesteils zu erfüllen bestrebt ist. Wir haben uns im Laufe einer langen Geschichte wahrlich nicht den Ruf eines radikalen oder zu Extremen neigenden Blattes erworben. Wenn in diesen auch von anderer Seite als gemäßigter anerkannter Spalten nummehr Stimmen laut werden, deren Klangfarbe manchem ungemohnt ist, so kann man den Herren in Berlin doch nur empfehlen, einmal den Untergründen der völlig veränderten Stimmung und Haltung weiter Kreise der Bevölkerung eine Viertelstunde des Nachdenkens zu widmen, ehe sie den Mechanismus der Notverordnung in Bewegung setzen.“

Die Herren haben die Macht, uns fünf Tage zum Schweigen zu verurteilen, aber sie mögen damit das neue System nicht verurteilen, wohl aber deutscher. Die „Kölnische Volkszeitung“ hat die Berichte im Laufe vieler Jahrzehnte nur ganz selten zu befehlen brauchen, öfter hat sich schon die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit behördlichen Stellen, deutschen und ausländischen, herausgestellt und zwar immer dann, wenn in Deutschland irgend etwas nicht in Ordnung war. Mehr als der Regierung vielleicht zum Bewußtsein gekommen ist, liegt in ihrer Drohung ein Beweis für die Spannung, unter der gegenwärtig die innere Politik Deutschlands steht.“

## Notverordnung und Rechtspflege.

Was wird aus Sonderkammern und Schnellschöffengericht.

Die Papen-Notverordnung rüttelt die Gerichtsverfassung durcheinander. Sie greift mit einem Federstrich in die Rechtsgarantien des Angeklagten ein, beschränkt ihn in der Beweisführung, indem sie deren Ausmaß dem Gericht überläßt, bringt ihn in vielen Fällen um die Rechtsmittel der Berufung und der Revision, räumt von neuem dem Berufsrichter eine Vorzugsstellung ein und schraubt das Laienelement auf ein Mindestmaß zurück. An Stelle der erweiterten Schöffengerichte, die aus zwei Berufs- und zwei Laienrichtern bestanden, treten für eine große Anzahl von Sachen die Strafkammern mit drei Berufs- und zwei Laienrichtern. Das geschieht aus Ersparnisgründen! Auf die gleichen Gründe hat sich auch Emminger bei der Zerstörung der Schwurgerichte berufen. In Wirklichkeit war es nur ein Vorwand, um mit diesen verhassten Volksgerichten Schluss zu machen. Es gibt Leute, die der Meinung sind, daß auch die erweiterten Schöffengerichte, die sich in weiten Volksteilen des besten Vertrauens erfreuen, so manchem Justizreaktionär ein Dorn im Auge sind. Die Aufhebung der erweiterten Schöffengerichte wird aber zu einer weiteren Entfremdung der Justiz beitragen. Die geringere Feierlichkeit dieser Gerichte, ihre größere Nähe zum Angeklagten, die Verteilung der Verantwortung auf bloß zwei Berufsrichter und die intensivere Teilnahme der Schöffen bildete einen nicht zu unterschätzenden Vorzug gegenüber den Strafkammern, die jetzt an ihre Stelle treten sollen!

Für Berlin hat aber die Aufhebung der erweiterten Schöffengerichte noch spezielle böse Folgen. Laut Gerichtsverfassungsgesetz war es möglich, bestimmte Schöffengerichte mit Sonderaufgaben zu betrauen. So gab es in Berlin Sonderkammern für die Verkehrsachen, Kaufsachachen, Sittlichkeitsvergehen, für Falschspieler, Taschendiebe und Kuppel, für unlauteren Wettbewerb und Devisenvergehen, für Bankdepot- und Vorkaufsachen. Die Sittlichkeitsprozesse forderien vom Vorliegenden die Fähigkeit, Kinder zu befragen, ihre Auslagen richtig zu werten und auch Verständnis für das abnorme Seelenleben der Angeklagten aufzubringen. Ganz besondere Kenntnisse mußte der Richter besitzen bei der Beurteilung der komplizierten Verkehrsachen und der noch komplizierteren Bank-, Depot- und Devisenachen. Eine Welt für sich stellten die Kokainisten und die Morphiumisten dar; immer wieder tauchten dieselben Gestalten vor Gericht auf, dieselben Lokale traten in Erscheinung. Und der Umstand, daß aus ganz Berlin die Sachen vor die Sonderkammern kamen, ermöglichten intensivere Verbrechenbekämpfung und einheitliche Rechtsprechung. Ein Zusammenlegen der Sachen innerhalb der drei Landgerichte ist gerichtsverfassungsgemäß nicht möglich. So wird wieder eine Zerstückelung der Sachen und eine Uneinheitlichkeit in deren rechtlichen wie tatsächlichen Beurteilung eintreten. Sollte man nicht endlich aus wirtlichen Ersparnisrückichten die seit langem ersehnte Zusammenlegung der drei Landgerichte durchführen?

Eine große Schädigung bedeutet die Notverordnung auch für das Schnellschöffengericht. Es waren Bemühungen im Gange, dieses Gericht, das sich bewährt hat, auszubauen, ihm sämtliche Sachen im Gebiete von Groß-Berlin zuzuführen, sofern sie sich für schnelle Aburteilung eigneten. Durch die Uebernahme einer ganzen Reihe von Sachen durch die Strafkammern wird nun statt dessen die Tätigkeit des Schnellschöffengerichts eingeschränkt.

Auch in rein technischer Hinsicht werden für das Schöffengericht, das von nun an mit einem Berufsrichter besetzt sein wird, Schwierigkeiten entstehen. Wie soll der Richter gleichzeitig die Verhandlung leiten und selbst die für die spätere Urteilsbegründung notwendigen Niederschriften machen? Das gilt ganz besonders für das Schnellschöffengericht, wo dem Richter keine Vernehmungsprotokolle der Zeugen vorliegen!

Dies nur einige wenige Bedenken gegen die von Papen notverordnete Rechtspflege. Es gibt deren aber noch mehr. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier sehr übereilt gehandelt wurde. Daß diese Notverordnung die Not der Rechtspflege vergrößert, unterliegt keinem Zweifel!

## Einheitsfront in Eisenach.

Zwischen Nazis und Kommunisten.

Das Einheitsfrontmanöver der R.P.D. erfährt dadurch eine weitere Charakterisierung, daß der Eisenacher kommunistische Erwerbslosenrat sich an die Nationalsozialisten zum Zwecke einer gemeinsamen Demonstration herangeht. Die Nationalsozialisten haben eine grundsätzliche Zusage erteilt. Daraufhin sind Nazis und Nazis in Verhandlungen eingetreten.

# Kämpfer und Kämpferinnen der Eisernen Front!

Ihr habt seit Jahrzehnten den Kampf für die Einheit und Freiheit Deutschlands geführt. In euren Herzen lebte selbst noch in den letzten Jahren der Entbehrung und Bitterkeit die Hoffnung auf den sozialen Volksstaat, auf ein neues Deutschland. Ihr habt seine Grundlagen geschaffen. Ihr wolltet es ausbauen zu einer Heimat für alle Deutschen. Statt dessen kam die Not. In allen Ländern der Welt stieg die Flut der Arbeitslosigkeit.

**In Deutschland feiern Millionen und aber Millionen Hände. Ihr Schicksal ist Armut und Hunger.**

Die letzte Notverordnung der getarnten Hitler-Regierung überantwortete die Arbeitslosen der Armenpflege. Selbst den Opfern des Krieges und den Invaliden der Arbeit wurde die kümmerliche Rente gekürzt.

Die letzten Wochen zeigten euch, was das „Dritte Reich“ bringen wird. Wer nichts besitzt, ist vogelfrei. Wer wenig hat, dem soll auch das wenige genommen werden. Wer viel hat, dem hilft der Staat. Zugleich mit den neuen Uniformen der SA. sind den Arbeitern, Angestellten und Beamten neue Notverordnungsjacken verpaßt worden. Das schaffende Volk in Stadt und Land trägt die graue Uniform des Elends.

**Der Preis, den das neue Kabinett für die Tolerierung an Hitler zu zahlen hatte, war die Auflösung des Reichstages, die Aufhebung des eben erlassenen Verbotes der Hitlerschen Privatarmee und die Auslieferung Preußens an die Nationalsozialisten.**

Die braune Garde Hitlers marschiert wieder und durchbricht alle Schranken der Ordnung. Ermutigt durch die Reichsregierung und auf deren Versprechungen pochend, ist die SA. zum offenen Kampfe gegen einzelne Landesregierungen angetreten, um sie unter ihre Botmäßigkeit zu zwingen. So kündigt sich das „Dritte Reich“ an, in dem die Todfeinde des werktätigen Volkes nach ihrer Willkür herrschen wollen, das Deutschland, in dem es zweierlei Recht und zwei Nationen gibt: die Nation der Bevorrechteten und die Nation der Hungerlöhner und Almosenempfänger.

**Für die arbeitende Masse die Hungerpeitsche!  
Für die großen Kapitalisten in Stadt und Land die „Wohlfahrtsunterstützung“ der Subventionen!  
Für die Schergen des Kapitals neue Uniformen!**

Darin erschöpft sich die Kunst der neuen Regierung, die sich berufen fühlt, Deutschland wirtschaftlich und moralisch wieder aufzurichten.

Die Regierung, die heute das Steuer des Reiches in Händen hält, mißachtet den Willen der überwältigenden Mehrheit des Volkes, die am 13. März und 10. April für Hindenburg stimmte, um Demokratie und Republik zu retten. Sie stützt sich auf die Kräfte, die die Gewalt auf ihre Fahnen geschrieben haben und tagtäglich mit kaum zu überbietender Brutalität den Bürgerkrieg schüren.

**Wo Gewalt vor Recht geht, gibt es keine Freiheit und keine Sicherheit.**

Der Sieg der Gegenrevolution würde euch wehrlos denen preisgeben, die aus dem Kriege nichts gelernt haben, als auf Volksgenossen zu schließen.

**Männer und Frauen der Eisernen Front! Dahin darf es nicht kommen.**

Deutschland darf nicht der Diktatur einer politisch unfähigen Clique ausgeliefert werden. Es muß verhindert werden, daß sich die SA. zum Herrn der Straße macht und den letzten Rest staatsbürgerlicher Freiheit zertrampelt. Der Kampf gegen diese Feinde des Volksstaates und ihre Bürgerkriegsgarden ist eure geschichtliche Aufgabe. Es ist ein Kampf um eure Freiheit.

**Der 31. Juli ist ein Schicksalstag im Freiheitskampfe des deutschen Volkes.**

Männer und Frauen des schaffenden Volkes! Setzt euch zur Wehr gegen die Verknechtung, kämpft gegen die vereinten Kräfte der Reaktion!

**Schart euch um das Freiheitsbanner der Eisernen Front!**

Schmücket euch mit den Symbolen des Kampfes! Tragt die drei Pfeile durch die Straßen, in die Betriebe, auf das Land hinaus! Millionenfach brause euer Freiheitsruf durch Stadt und Land, die Freunde weckend, die Feinde schreckend!

**Ihr werdet siegen, wenn ihr einig seid!**

**Reichskampfleitung der Eisernen Front.**

## Bayerns Standpunkt.

„Politische Hintergründe“ der neuen Notverordnung.

München, 29. Juni. (Eigenbericht.)

Das Inkrafttreten der neuen Notverordnung machte sich im Münchener Straßenbild am Mittwoch nur wenig bemerkbar. Uniformierte Hafenkreuzer waren nur vereinzelt zu sehen. Dagegen war der Betrieb vor dem Braunen Haus sehr lebhaft. In den Nachmittagsstunden sammelten sich viele Reugierige vor dem Palais an, dessen Wachen zum erstenmal seit dem 10. Juli vorigen Jahres ihre braunen Kostüme wieder angelegt hatten. Der scharf ablehnende

**Standpunkt der bayerischen Regierung**

gegenüber der neuen Notverordnung kommt in der offiziellen Staatszeitung zum Ausdruck, die in einem Leitartikel schreibt:

„Was bis zur Stunde von der Mehrheit der bayerischen und der süddeutschen Bevölkerung für gut befunden und für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung für zweckmäßig gehalten wurde, ist vom Reichsinnenministerium so auffällig desavouiert worden, daß

**der politische Hintergrund dieser Maßnahme**

des Reiches klar zutage tritt, um so mehr, als sie sich in der Hauptsache gegen jene Länder richtet, in denen die blutigen Krawalle, unter denen seit langem das ganz norddeutsche Reichsgebiet leidet,

nicht vorgekommen sind. Die neue Notverordnung ist und bleibt ein schwerer Eingriff in die Polizeihohheit der Länder. Ihre einzelnen Bestimmungen sind so geartet, daß der vollzogene Einbruch in das Recht der Länder diesen zunächst schwerste Fesseln anlegt.

**Sie öffnen dem neuen, ordinären, politischen Gassenbubentum alle Schloßen.**

Ein besonders schwerer Mangel ist die unklare Festlegung des Instanzenweges für zu erwartende Rechtsbeschwerden. Wir gehen schweren Zeiten entgegen, Zeiten, die vielleicht mit Blut ihr Andenken in die neuere deutsche Geschichte einschreiben werden. Um im Rahmen des Möglichen wenigstens vom bayerischen Staatsgebiet die Krawallpolitik der Straße fernzuhalten, erwächst nun für die bayerischen verantwortlichen Stellen die selbstverständliche Pflicht, die Bestimmungen dieser Notverordnung, solange sie nicht zu befehligen ist, so auszuschöpfen, daß die Staatsautorität keinen weiteren Schaden leidet als den, der ihr von oben herab schon zugefügt worden ist.“

Ueber die nächsten Absichten der bayerischen Regierung schreibt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz: „Bayern hat den ihm vom Reich aufgezwungenen politischen Konflikt bisher auf einer völlig einwandfreien Rechtsbasis durchgesoffen, und es denkt nicht daran, seinen Gegenspielern den Gefallen zu tun, in Zukunft

seiner Politik die absofut einwandfreie rechtliche Untermauerung

zu entziehen. Nachdem nunmehr die Maßnahmen der Reichsregierung bekannt sind, wird sich ein bayerischer Ministerrat demnächst mit der Frage befassen, wie unter den veränderten Rechtsverhältnissen trotz der eingetretenen Erschwerungen unter allen Umständen die Ruhe und Sicherheit im Lande gewährleistet werden kann. Es handelt sich hierbei auch um die Pflicht der Regierung, vorzorgliche Maßnahmen zu treffen, die es verhindern, daß die Straße dem politischen Terror irgendeiner politischen Partei ausgeliefert wird.“

**v. Papen fordert Verbot Und ihr?**

**Werbt für den Vorwärts!**

**Tausende von neuen Abonnenten sind darauf die beste Antwort!**



# Nazi-Waffenschmuggel.

Sechs Verhaftungen durch die niederländische Polizei.

Amsterdam, 29. Juni. (Eigenbericht.)

Ein großer nationalsozialistischer Waffenschmuggel wurde am Mittwoch von der niederländischen Kriminalpolizei in Baals an der holländischen Grenze aufgedeckt. Seit langer Zeit sind nach den polizeilichen Feststellungen Waffen und Munition in Autos nach Deutschland geschafft worden. Seit Monaten bestand bereits Verdacht, aber die Autos wuchsen stets auf deutsches Gebiet zu entkommen. Der Waffenhandel wurde von einer Organisation betrieben, die Zweigstellen in Rotterdam, Amsterdam, Maastricht und Baals unterhielt. Am Mittwoch wurden sechs an dem Schmuggel beteiligte Personen verhaftet. Wie weiter mitgeteilt wird, müssen monatelang große Mengen Waffen über die Grenze geschafft worden sein. Die verhafteten Personen stammen aus Amsterdam, Rotterdam und Baals. Die Amsterdamer Kriminalpolizei erhielt schon vor mehreren Monaten Kenntnis von Unterhandlungen, die in Amsterdam zwecks Lieferung von Waffen nach Deutschland geführt wurden. Die damalige Transaktion kam indessen nicht zustande, da man sich über den Preis nicht einigen konnte. Auf Grund der jetzigen Verhaftungen wird die Untersuchung in erweitertem Umfang fortgesetzt.

# Tragödie der Kleinstaaterei.

Das Blutgrabnis von Staßfurt.

Staßfurt, 29. Juni. (Eigenbericht.)

Die blutigen Vorkommnisse bei der Beerdigung des von Nationalsozialisten erschossenen Kommunisten Leinung stellen sich nicht zuletzt heraus als ein Ergebnis der sinnlosen deutschen Kleinstaaterei. Ohne den Umstand, daß dicht an Staßfurt vorbei die anhaltinische Landesgrenze läuft, wäre es nämlich niemals zu den Zusammenstößen und dem Blutvergießen gekommen. So aber war die Lage folgende: Der Friedhof der Bergarbeiterstadt Staßfurt liegt etwa 20 bis 25 Minuten von der Stadt entfernt auf anhaltinischem Gelände. In Preußen besteht — oder bestand bis zu der gestrigen Roterordnung der Papen-Regierung — das allgemeine Demonstrationsverbot, in Anhalt bestand es nicht. Infolgedessen konnten die Kommunisten in Anhalt eine erlaubte Demonstration organisieren, die beim Uebertreten über die preussische Grenze zu einer verbotenen werden mußte.

Dieser Umstand war allerdings von den Behörden rechtzeitig ins Auge gefaßt. Der Bürgermeister von Staßfurt, der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Kasten, hatte am Tage vor der Beerdigung die kommunistischen Führer zu einer Besprechung bestellt und ihnen klargemacht, daß der Zug auf der Rückkehr in preussisches Gebiet aufgelöst werden müsse. Es sollte dies in der Form geschehen, daß die Musik aufhörte zu spielen und die Teilnehmer sich statt in geschlossenem Zuge in aufgelöster Ordnung weiterbewegen sollten. Es sollten dann auch keine gemeinschaftlichen Gesänge, Sprechchöre, Rufe usw. mehr stattfinden.

Dies ist von den kommunistischen Führern zugelassen worden.

Es scheint jedoch, daß diese ihre Anhänger nicht in der Hand behielten, zumal 800 bis 1000 Personen von außerhalb zu dem Beichenbegängnis aufgeboden waren. Als der Zug, vom Friedhof heimkehrend, die preussische Grenze erreichte, wurde er trotz der Klärforderung der Polizei nicht aufgelöst, die Polizeibeamten wurden beschimpft. Nachdem bereits hier die Sache nach dem üblichen Schema — preussische wie anhaltinische — beschränkt sich darauf, die Massen von dem in der Nähe der Grenze gelegenen Raziheim fernzuhalten, das der Ausgangspunkt der Krawalle gewesen war, bei dem der beerdigte Leinung den Tod gefunden hatte. Durch die Abriegelung des Raziheims wurde erreicht, daß hier neue Zusammenstöße, zu denen es sonst unfehlbar gekommen wäre, vermieden wurden. Die anhaltinische Polizei — wieder ein kleinstaatliches Charakteristikum — beschränkte ihre Tätigkeit auf das anhaltinische Gebiet.

Der Demonstrationszug erreichte infolgedessen, in Bierereißen geordnet, ungehindert den Mittelpunkt der Stadt Staßfurt und demonstrierte am Rathaus vorbei. Erst als etwa die vordersten 300 Mann das Rathaus passiert hatten, wobei sie Schmährufe ausstießen und sangen, griff die Polizei von neuem ein und verlangte nun energisch Auflösung des Zuges. Die Staßfurter Polizei hatte nur eine Stärke von 14 Mann, zu denen noch 10 Landjäger des Kreises als Verstärkung aufgeboden waren. Kaum zeigte sich die Polizei wieder, als von den Demonstranten neue Beschimpfungen und Drohungen laut wurden. Die Polizei verhaftete einige der lautesten Schreier, die jedoch von der Menge bis auf einen wieder befreit wurden. Hierdurch kam es zum ersten Handgemenge. Als die Polizei in Bedrängnis geriet, gaben die Landjäger etwa zehn Schreckschüsse in die Luft ab. Leider wurde diese Warnung von der Menge nicht ernst genommen. Es fielen einige Pistolenschüsse, deren Urheber nicht festgestellt sind, die Menge drang auf die Landjäger ein, umringte sie und versuchte ihnen die Karabiner zu entreißen. In dieser Lage gaben die Landjäger etwa vier bis fünf scharfe Schüsse in die Menge

ab, die sehr traurige Folgen hatten: Zehn Personen fielen nieder, ein Getroffener war sofort tot, zwei weitere starben unmittelbar darauf. Die sieben anderen liegen mehr oder weniger schwer verletzt im Krankenhaus.

Auf Grund des § 14 des Polizeigesetzes hat der Bürgermeister Kasten alle Ansammlungen und Demonstrationen im Stadtbinnen verboten, ebenso eine Versammlung, zu der die Kommunisten durch Flugblätter ohne Unterschrift eingeladen haben. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet und einige Führer der Kommunisten in Haft genommen.

# Das schuklose Braunschweig.

Scharfer Appell des Reichsbanners an Hindenburg.

Braunschweig, 29. Juni. (Eigenbericht.)

Die Gauleitung Braunschweig des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold fandte heute abend folgendes Protesttelegramm an den Reichspräsidenten:

„Unter den Augen der Polizei werden fast täglich Republikaner überfallen und niedergeschlagen. Erst gestern wieder wurden drei Reichsbannerführer von 30 SA-Leuten auf offener Straße angefallen und verletzt. Die Polizei ist nicht mit der nötigen Schärfe gegen die Angreifer vorgegangen. Kechnische Meldungen aus der Stadt und dem Lande Braunschweig häufen sich in der letzten Zeit. Wir erwarten Maßnahmen gegen den Terror der Nationalsozialisten und gegen das passive Verhalten der Polizei.“

# Erfüllter Wunschtraum.

Die „Hamburger Nachrichten“ fordern die Reichsregierung auf, die Minister der Länder unter Anklage zu stellen.



So ergehe es allen, die sich weigern, oppositionelle Zeitungen zu verbieten!

# Einigung in Lausanne?

Aber nur über die Reparationsfrage.

Lausanne, 30. Juni, 1 Uhr nachts. (Eigenbericht.)

Wie aus Kreisen der Konferenzteilnehmer mit Bestimmtheit berichtet wird, ist mit einer endgültigen Einigung in der Reparationsfrage, unter vorläufiger Ausschaltung aller politischen Streitfragen, die an die Genfer Abrüstungskonferenz überwiegen werden sollen, noch in dieser Nacht zu rechnen.

## Macdonald schildert die Lage.

Lausanne, 29. Juni. (Eigenbericht.)

In der heutigen Nachmittagsitzung der sechs einladenden Mächte gab Macdonald von den bisherigen Konferenzergebnissen einen Überblick, dem die Bedeutung einer Rundgebung von größter Tragweite zukommt. Zunächst habe man mit dem ersten Problem der Tagesordnung begonnen, nämlich den Reparationen. Leider könne er nach keine erfolgreiche Verständigung erreichen. Allgemeine Einigkeit bestehe aber bei allen Konferenzteilnehmern über folgende Punkte des Baseler Sachverständigenberichts:

1. Transferzahlungen in einem für das Zahlungsgleichgewicht schädlichen Umfange können nur die Krise verschärfen.
2. Die Befreiung eines Schuldnerlandes von einer untragbaren Last kann fast die Wirkung einer Uebertragung dieser Last auf das Gläubigerland haben, die es in seiner Eigenschaft als Schuldner seinerseits nicht tragen kann.
3. Die Anpassung aller Regierungsschulden, Reparationen oder anderen Kriegsschulden an die bestehende verwickelte Welt-situation muß ohne Verzögern erfolgen, wenn neues Unglück vermieden werden soll, und ist der unerläßliche Schritt zur Wiederherstellung des Vertrauens als Bedeutung der wirtschaftlichen Stabilität und des Friedens.
4. Trotdem Deutschland die Stabilität seiner Wäh-

rung energisch verteidigt, sind Schritte nötig, um einen Dauer-erfolg dieser Maßnahmen zu sichern.

Das seien die Grundlagen der Lausanner Arbeit. Man sei auch einig in der Ueberzeugung, daß die Lausanner Konferenz in etwas konkretem und, soweit als möglich, Endgültigem enden müsse, unbeschadet der Anerkennung, daß dies einer Weltregelung unter Einfluß der Vereinigten Staaten angepaßt werden müßte. Die Regelung müsse die Wiederherstellung des Vertrauens ermöglichen, das unerläßlich sei für die Wiederbelebung von Kredit und Handel. Künstliche Transferzahlungen, welche das internationale Gleichgewicht der Zahlungsbilanzen stören, sollten, wenn überhaupt, dann nur erfolgen durch den normalen Umlauf des internationalen Handels und innerhalb dessen Leistungsfähigkeit.

Endlich herrsche noch Uebereinstimmung darüber, daß die deutsche Regierung gegenwärtig nicht zahlen könne.

Es entspreche der allgemeinen Auffassung, daß in Etappen vorgegangen werden müsse. Die erste seien die Reparationen in Lausanne;

über Abrüstung, politische Verständigungen usw. werde die Lausanner Konferenz eine allgemeine Erklärung abgeben

dahin, daß jeder alles tun werde, um in den folgenden Monaten alles für solche Verständigungen zu tun, daß aber die Regelung der Reparationen nicht vertagt werden könne bis nach der vollständigen Erreichung solcher Verständigungen.

Die Zeit dränge, so schloß Macdonald, wegen Ottawa, wegen Herriots Budgetarbeit, und weil er selbst am 5. oder 6. Juli wieder in London sein müsse. Er sehe keinen Grund, warum nicht zu endgültigen Entscheidungen in Lausanne kommen und den Mechanismus errichten könnte für die Fortsetzung der Arbeit auf einem weiteren Felde unter Fühlungnahme mit Amerika wegen dessen Beteiligung. Er sehe keinen Grund dafür, daß die Lausanner Arbeit nicht anfangs der nächsten Woche erledigt werden könne.

# Papen? — Zum Diepen!

Entdeckungen eines Hugenberg-Jüngers.

Die festproletarische Lage auf der Lausanner Konferenz bereitet der nationalsozialistischen Presse arge Verlegenheiten. Früher hatte man uns erzählt: es brauche nur eine nationale Regierung zu kommen und ordentlich mit der Faust auf den Tisch zu schlagen, dann würden die Gegner schon in sämtliche verfügbaren Rauslöcher kriechen, und mit einer Handbewegung würden die nationalen Männer den Versailler Vertrag zerreißen!

Nun ist die nationale Regierung da — und nichts von alledem geschieht. Deswegen hat sich die schmerindustrielle „DZ.“ bereits eine neue „Dolchstoßlegende“ aus den Fingern gelogen, wonach die internationalen Demokraten, Pazifisten und ähnliches Gelächter den französischen Ministerpräsidenten Herriot heimlich gegen Herrn von Papen aufgehetzt hätten! — Auf andere Weise versuchen es die Herren vom Haupe Hugenberg. Da sie große nationale Taten und Erfolge des Herrn von Papen nicht zu melden vermögen, erfinden sie solche. Die Hugenberg-Presse erschien am Mittwochnachmittag auf einhellige Anweisung mit folgenden Schlagzeilen:

**Papen fordert Versailles-Revision — Jetzt verhandelt er mit Herriot!**

Endlich nach 13 Jahren

fordert ein deutscher Kanzler Verrückung der schmachvollen, entehrenden Bedingungen im Versailler Diktat.

Was ist los? Nichts weiter, als daß Herr von Papen erklärt hat: Das Vertrauen der Welt könne nur dann wiederhergestellt werden, wenn die Siegermächte sich entschließen würden, die Unterscheidung Deutschlands von den Siegerstaaten, wie sie der Versailler Vertrag ausspricht, zugunsten der Gleichberechtigung zu beseitigen.

Das hat ungefähr seit 13 Jahren jeder deutsche Reichskanzler und jeder Außenminister gefordert! Es soll sicherem Vernehmen nach sogar deutsche Staatsmänner gegeben haben, die auf diesem Gebiet recht adäquate praktische Erfolge — lange vor Herrn von Papen — erzielt haben. So soll z. B. unter einem gewissen Außenminister Stresemann die Aufnahme Deutschlands — als gleichberechtigtes Mitglied — in den Völkerbund voll-

zogen worden sein. Haben die Hugenberg-Jünger damals auf den Ohren gefesselt? Sie haben sich damals wohl nach antikem Vorbild Wachs in die Ohren gestopft. Jedenfalls ist die Glorifizierung ihres Papen wegen einer platten und belanglosen Selbstverständlichkeit — zum Diepen!

# SA lauert auf.

Neue Terrorakte in Breslau.

Breslau, 29. Juni.

Am Dienstagabend kam es nach der Versammlung der Eisernen Front im Reschhof an verschiedenen Stellen der Stadt zu Zusammenstößen.

SA-Schlagertolonnen hatten sich auf die Bauer gelegt und überfielen mehrfach heimkehrende Reichsbannerleute. Drei Reichsbannerkameraden wurden durch Messerstiche verletzt, ein SA-Mann wurde mit Kopfverletzung fortgeschafft.

# Nazis gegen Kommunisten.

Frankfurt a. M., 29. Juni. (Eigenbericht.)

In Weinhausen bei Hanau kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Ein Fadelzug uniformierter Nazis verursachte innerhalb der Bevölkerung große Erregung. Die Reibereien setzten sich später auf der Landstraße nach dem Dorfe Roth zu fort, wo es am Donnerstag zu schweren Ausschreitungen kam. Hier wurde ein SA-Mann aus einem benachbarten Dorf durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt. Außerdem erlitten andere Teilnehmer an der Schlägerei leichtere Verletzungen. Die Polizei verhaftete drei Personen.

Das südkarolische Kabinett ist zurückgetreten. Als Ministerpräsident an Stelle Marinkowitsch wird der bisherige Handelsminister Dr. Kramer und als Außenminister der derzeitige Hofminister Festlich genannt.

Die spanische Republik greift durch. Am Montag dieser Woche hat ein Bataillonkommandeur während der Schlusssprache an die Kriegsschüler verächtliche Ausmerkungen über die Republik gemacht. Dafür wurden am Dienstag der Generalstabchef Goded sowie die Kommandeure der Madrider Division und der ersten Brigade zur Disposition gestellt.



# Aufhebung des Rechtszustandes.

## Das Nazi-System in der Sozialversicherung.

Der Staat ist keine Wohlfahrtsanstalt.

Bisher war jedes Rechtsverfahren in der Sozialversicherung gebührenfrei. Die letzte Rotverordnung hat u. a. der Reichsregierung die Ermächtigung gegeben, im Verfahren vor den Sozialversicherungs- und Versorgungsbehörden dem Rechtsmittelführer bei der Einlegung der Berufung, der Revision und des Rekurses die Entrichtung einer Gebühr aufzuerlegen, und zwar mit der Wirkung, daß das Rechtsmittel als nicht eingelegt gilt, wenn die Gebühr nicht in einer bestimmten Frist gezahlt ist.

Eine Verordnung über die Erhebung einer derartigen Gebühr ist zur Zeit im Reichsarbeitsministerium in Arbeit. Wie wir hören, beabsichtigt man,

zwischen fünf und zehn Mark Gebühren zu erheben. Die Bewilligung des Armenrechts für Gebühren in einem Sozialversicherungsstreit soll grundsätzlich ausgeschlossen sein,

weil man „höheren Ortes“ auf dem Standpunkt steht, daß dann jede Einlegung eines Rechtsmittels mit einem Gesuch auf Bewilligung des Armenrechts verbunden sein dürfte, denn es sind ja alles zumindest Unbemittelte, die in diesem Zweige der Rechtspflege prozessieren werden. Würde die Möglichkeit der Bewilligung eines Armenrechts bestehen, so müßte man es in den allermeisten Fällen auch bewilligen.

In jedem Kulturstaat ist es die vornehmste Aufgabe des Staates, dafür Sorge zu tragen,

daß auch der Ärmste zu seinem Rechte kommen kann.

Es bleibt dem Kabinett der Barone vorbehalten, einen „Rechtszustand“ in der deutschen Sozialversicherung einzuführen, bei dem nicht der Recht bekommt, der Recht hat, sondern nur der, der das Geld hat, um überhaupt klagen zu können.

Der § 7, Ziffer 2, des Artikels 5 der Rotverordnung vom 14. Juni ermächtigt wohl die Reichsregierung, eine Gebühr im Rechtsmittelfahren vor den Versicherungsbehörden zu erheben, er verpflichtet sie aber nicht dazu, sagt nichts über die Höhe

der Gebühr und auch nichts darüber, daß der Kläger nicht das Armenrecht für sich in Anspruch nehmen darf. Wenn man also jetzt in der angeordneten Weise zu verfahren gedenkt, so ist das eine ungeheure Verschärfung der Rotverordnung.

Man kann ohne weiteres verstehen, daß die Spruchbehörden entlastet werden müssen. Was aber macht die Rotverordnung? Durch die generelle Einführung der Bedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung steigert sie die Streitfälle ungeheuer, was notwendig zu einer weiteren Belastung der bereits überlasteten Spruchbehörden führen muß. Und nun sucht die Rotverordnung die Sturzwehle von Einsprüchen, unter denen die Spruchbehörden ersaufen müssen, dadurch einzudämmen, daß sie eine für Arbeitslose so gut wie unerschwingliche Gebühr vorschreibt, von der unter keinen Umständen abgegangen werden darf.

Was wird die Folge sein? Der abgewiesene Arbeitslose wird sagen: „Wäre ich ein Betrüger, ein Schieber, ein Räuber und Mörder, dann könnte ich auf Armenrecht klagen. Da ich aber ein ehrlicher Mensch bin, der das Unglück hat, arbeitslos zu sein, so gibt es für mich

kein Armenrecht, also überhaupt kein Recht.“

Der Staat soll eben — nach der offiziellen Erklärung der Regierung der Nazibarone — keine Wohlfahrtsanstalt sein. Jedenfalls nicht für Arme.

Wir brauchen wohl nicht zu betonen, daß wir eine derartige Regelung für unmöglich und unhaltbar ansehen. Vereinfachung — ja wohl! Darum keine Bedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung und Zusammenlegung der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge. Aber „Vereinfachung“ auf Kosten der Ärmsten, auf Kosten der Gemeinden, auf Kosten des Rechts selbst — das ist zu einfach. Wenn die Reichsregierung glauben sollte, daß sie mit derartigen Methoden zur Beruhigung beitragen und für die öffentliche Ordnung und Sicherheit sorgt, so wird sie durch die Tatsachen bald von dem Gegenteil belehrt werden. Diese Kulturshande muß verschwinden!

# Das neue „System“.

## Wer spart, soll dafür bestraft werden.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände aller Richtungen haben an den Reichsarbeitsminister folgende Eingabe gerichtet:

„Bei Erörterungen über den Begriff der Hilfsbedürftigkeit im Vorstand der Reichsanstalt wurde die Frage aufgeworfen, ob in Zukunft die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung so wie bisher ohne Einfluß auf die gesetzliche Leistung ist. Bei der Besprechung der Frage wurde festgestellt, daß die Praxis jetzt bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit zwar verschieden sei, überwiegend jedoch (in Preußen z. B. allgemein) jede Einnahme angerechnet wird, also auch

die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung zu einer Kürzung der gesetzlichen Arbeitslosenunterstützung führen würde.

Wir wollen keinen Zweifel darüber lassen, daß die Gewerkschaften nicht gewillt sind, zu den unerträglichen Kürzungen, die den Arbeitslosen bereits durch die letzte Rotverordnung zugemutet werden, noch den Verlust der gewerkschaftlichen Unterstützung zu tragen. Die Gewerkschaften sind auch nicht gewillt, diese Kosten zugunsten der durch Beiträge erworbenen Ansprüche zu übernehmen, sondern würden gezwungen sein,

ihre bisherigen Leistungen einzustellen, wenn die Anrechnung erfolgt.

Es sei auch noch besonders darauf hingewiesen, daß es sich bei

den von den Gewerkschaften gezahlten Unterstützungen um freiwillige Leistungen handelt, auf die ein eigentlicher Rechtsanspruch der Mitglieder nicht besteht.

Um die weitgehende Beunruhigung, die bereits eingetreten ist, zu beseitigen, bitten wir, uns baldigst davon in Kenntnis setzen zu lassen, ob der Herr Reichsarbeitsminister gewillt ist, die Nichtanrechenbarkeit der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung auszusprechen.“

Die Anrechnung der Unterstützungen der Gewerkschaften würde weder die Reichsanstalt noch Reich oder Länder entlasten. Es wäre ja heller Wahnsinn, wenn die Gewerkschaften eine Unterstützung zahlen würden, die nur zur Entziehung der öffentlichen Unterstützung führen könnte. Aber darüber hinaus würde eine derartige Praxis allem ins Gesicht schlagen, was die Kreise, auf die sich die Reichsregierung stützt, bisher vertreten haben! Die Feinde der Sozialversicherung predigen die individuelle Sparsamkeit, um nicht in Zeiten der Not die öffentliche Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen. Die gewerkschaftlich Organisierten haben sich eine derartige Sparsamkeit angeeignet, wenn sie auch kollektiver Art ist. Und nun sollen sie dafür bestraft werden?

Die Folge eines derartigen „Systems“ würde wohl zunächst zu einer Entlastung der Gewerkschaften führen. Gleichzeitig müßte aber eine ungeheure Verbitterung Platz greifen, deren Folgen ganz unabsehbar sind.

## Kampfruf aus Mainz.

### Die Gewerkschaften sind die Einheitsfront.

Der 24. Ordentliche Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher, der gegenwärtig in Mainz tagt, ist von 71 Teilnehmern besucht: von 54 Delegierten, 9 Bezirksleitern und 8 Vorstandsmitgliedern. Anwesend sind auch zahlreiche ausländische und deutsche Gäste, die in Mainz bereits als Vertreter der Internationalen Zentralkommission für die Schuh- und Lederindustrie getagt haben.

Den Auftakt zum Verbandstag gab eine sehr temperamentvolle Rede des Verbandsvorsitzenden Simon, die der Tagung gewissermaßen die Richtlinie gab. Simons Rede steigerte sich nach einem herzlichen Wort ehrenden Gedankens für den verstorbenen Wilhelm Bock, den Senior und Gründer des Verbandes, zu einer leidenschaftlichen Anklage gegen die furchtbaren Schäden des kapitalistischen Systems. Mit besonderer Schärfe wandte sich Simon gegen die neuen Lohnabbaubestrebungen der Unternehmer der Schuhindustrie und er richtete an den Verbandstag den Ruf:

„Unter keinen Umständen eine weitere Verschlechterung des Lohns!“

Simon trat für höchste Aktivität und Geschlossenheit ein und betonte unter starkem Beifall: die Einheitsfront ist da; sie ist für jeden Arbeiter, der die Zeichen der Zeit begriffen hat, verkörpert in den deutschen Gewerkschaftsorganisationen.

Die ausländischen Gäste — es sprachen Kanto-Wien, Chester-London, Roux-Frankreich, Carlsson-Schweden, Larsen-Kopenhagen, Grundersen-Dano und Balchar-Tschechoslowakei — gaben ein Bild der Krise in ihren Ländern, und in ihren Reden kam die Bewunderung der ausländischen Gewerkschaften für den heroischen Freiheitskampf der deutschen Arbeiterschaft zum Ausdruck.

Im Namen der deutschen Gäste sprach Franz Spliedt vom ADGB. Er nahm sich vor allem die Papen-Phrase vom „Wohlfahrtsstaat“ vor und erklärte mit Nachdruck und unter Beifall: die „gottgewollte organische Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ kennen wir. Gegenüber den Perspektiven, die uns hier von der Regierung der Hitler-Barone eröffnet werden, haben wir die Nerven und den klaren Blick zu behalten. So schwer die Probleme auch sein mögen,

wir müssen hindurch und wir kommen hindurch.

Den Bericht des Vorstandes erstattete Max Leg, der zweite Verbandsvorsitzende.

Das Jahrbuch 1931 des Zentralverbandes der Schuhmacher, das noch rechtzeitig zum Verbandstag herausgegeben ist, entrollt von der Beschäftigungslage in der Schuhindustrie ein erschütterndes Bild. Seit 1927 ist die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen in der gesamten deutschen Schuhindustrie um 42734 Personen zurückgegangen, nämlich von 114852 Beschäftigten auf 72118. Noch deutlicher als durch diese Zahl wird die gewaltige Verschlechterung der Arbeitsmarktlage durch eine Gegenüberstellung der Prozentzahl der Vollarbeiter, Kurzarbeiter und Arbeitslosen des Schuhmacherverbandes in den Jahren 1927 und 1931. Im Jahresdurchschnitt 1927 waren von den Verbandsmitgliedern 79,6 Proz. Vollarbeiter, 10,9 Proz. Kurzarbeiter und nur 9,5 Proz. Arbeitslose, im Jahresdurchschnitt 1931 dagegen 24,3 Proz. Vollarbeiter, 43,5 Proz. Kurzarbeiter und 32,2 Proz. Arbeitslose. Bezeichnend ist aber auch, daß die Produktion von 1927 bis 1930 nur um 10 Proz. zurückgegangen war, die Zahl der arbeitslosen Schuharbeiter aber in der gleichen Zeit um 14,6 Proz. und die der Kurzarbeiter um 18,1 Proz. gestiegen.

Die Zahl der Vollarbeiter hingegen um 43 Proz. zurückgegangen ist.

Gut gehalten haben sich in dieser Krise nur sehr wenig Be-

triebe; am besten haben die Firmen Sigle u. Co. (Salamander) in Kornwestheim und Tack u. Co. in Burg bei Magdeburg abgehalten, die ihre Betriebe 1931 in dem gleichen Umfange wie im Jahre zuvor weiterführen konnten. Viele Betriebe der Schuhindustrie sind abgebrochen oder teilweise und auch gänzlich stillgelegt worden; einige davon wurden nach mehreren Monaten wieder eröffnet, aber mit erheblich verringerter Belegschaftszahl. In 28 kleineren Orten der Schuhindustrie zum Beispiel sind die Belegschaften bis auf den letzten Mann arbeitslos.

Die Auswirkung dieser trostlosen Beschäftigungslage auf die Mitgliederbewegung des Schuhmacherverbandes, die in dem Sinken des Mitgliederbestandes um 5985 auf 59917 bis zum Schluß des Berichtsjahres zum Ausdruck kommt, ist erschütternd nicht so stark, wie es in den Kreisen der Funktionäre der Organisation befürchtet wurde. Beachtung verdient auch die Tatsache, daß der Rückgang bei den weiblichen Mitgliedern, die ungefähr 45 Proz. der Gesamtmitgliedschaft darstellen, sowohl zahlenmäßig als auch prozentual nur sehr wenig größer ist als bei den männlichen Verbandsmitgliedern, ein Beweis dafür, daß

der Gedanke der gewerkschaftlichen Organisation auch unter den Arbeiterinnen schon tief verwurzelt ist.

Der Klassenabschluß zeigt, daß die finanzielle Kraft des Zentralverbandes der Schuhmacher noch ungebrochen ist. Die Beitragseinnahmen sind zwar gegenüber dem Jahre 1930 weit erheblich zurückgegangen, während auf der anderen Seite die Ausgaben für Unterstützungen gestiegen sind; trotzdem hat sich aber das Verbandsvermögen des Jahres 1930 gegenüber dem Jahre 1930 um rund 180 000 M. auf 4438447 M. erhöht. Der gesamte Aufwand an Unterstützungen war mit insgesamt 1,19 Millionen Mark, von denen allein 575 000 M. auf die Arbeitslosenunterstützung entfielen, um 4,7 Proz. höher als 1930. Der Zentralverband der Schuhmacher darf ebenso wie alle anderen freien Gewerkschaften für sich in Anspruch nehmen, auch in finanzieller Hinsicht seinen Mitgliedern in den Zeiten schwerster Bedrängnis ein treuer Helfer gewesen zu sein. Der Verbandsvorstand hat jedenfalls auf dem Verbandstag keine Kritik zu fürchten.

In der Aussprache über den Vorstandsbericht brachten fast alle Redner ihre Zustimmung zur Tarifpolitik des Verbandsvorstandes zum Ausdruck. Jeder weitere Lohnabbau wurde scharf abgelehnt.

## Neuer Reichstarif der Dachdecker.

Im Dachdeckerergewerbe wurde auf Grund eines Schiedspruches ein Reichstarifvertrag abgeschlossen. Er ist dieser Tage durch Urabstimmung von den Arbeitern im Dachdeckerergewerbe angenommen worden. Da auch die Unternehmer, mit deren Stimmen der Schiedspruch gefüllt worden ist, zustimmen, tritt der Reichstarifvertrag am 1. Juli 1932 in Kraft.

Der neue Vertrag bringt eine Regelung der Löhne in dem Sinne, daß zu den Bauarbeiterlöhnen Zuschläge von drei und vier Pfennig pro Stunde kommen. Weitere Sonderzulagen, wie Jahrgeldentschädigung, Ueberlandzulagen, müssen in den Bezirken geregelt werden. Die Junggefellenslöhne sind reichstarifvertraglich wie folgt geregelt: 80 Proz. des Gefellenlohnes im 1. Jahr nach beendeter Lehrzeit, 85 Proz. im 2. Jahr und 90 Proz. im 3. Jahr. Die übrigen Bestimmungen des Reichstarifvertrages sind nur wenig verändert worden — wo es geschehen ist, selbstverständlich nicht zugunsten der Arbeitnehmer. So wurde u. a. für 1932 der Urlaub fixiert.

Der Vertrag läuft bis zum 15. März 1933; er kann erstmals am 15. Dezember 1932 gekündigt werden.

## Zurückgenommene Kündigungen.

### Im Harzbergbau.

Die Preussische Bergwerks- und Hütten A.-G. sowie die Braunschweig G. m. b. H. haben, wie wir aus Verwaltungsdirektion der Preussag hören, die für den 1. Juli dieses Jahres ausgesprochenen Kündigungen in Ober- und Unterharz Betrieben zurückgenommen, nachdem der Reichsrat in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen hat, eine Subvention von 8 Millionen Mark zur Stützung des gesamten deutschen Metall-erzbergbaues in den Reichsstat einzusetzen.

Die Harzger Bergleute sind in Preußen nicht vergessen worden. Hier ist der Wohlfahrtsstaat noch nicht abgebaut.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Donnerstag, 30. Juni, um 19 Uhr, tagen die Gruppen: Ostend: Jugendheim Franzfurter Allee 307, Kinosaal. — „Das Mädel in der Jacke“ — Südboten: Jugendheim Reichsberger Str. 66. — „Wirtschaftskrise — Arbeitsbeschaffung“ — Tempelhof: Jugendheim Sigmund-Germania-Str. 4-6. Der Tagung erfolgt durch den Eingang Götterstr. auf der hinteren Seite der Schule. — Vitzthum: Jugendheim Reichsberger Str. 18-19. Wir besuchen Gruppe Siemensstadt. — Steglitz: Jugendheim 17. Volksschule, Gartenstadt, Reichsplatz, Erdhöllestraße, Antonius H. — Schöneberg: Jugendheim Reichsberger Str. 18. — Harz und die Gewerkschaften. — Scharnhorst: Jugendheim Diefelmannstr. 3. 10-Minuten-Referate. — Eichenberg: Jugendheim Volkstr. 22. Aufgange, Mühlstr. Wir besuchen haben das Wort. — Neu-Köpenick: Jugendheim Sauerstr. 44. — Der Antritt im Fernen Osten und der Weltbund. — Gesundbrunnen: Jugendheim Rote Schule, Götterburger Str. 2. Sinterabend. — Köpenick: Jugendheim Grünauer Str. 3 (Rübe-Str. Spindlerstraße). Volkstanzabend. — Schöneberg: Jugendheim Rantierstr. 7. Diabellabend. — Gewerkschaftshaus: Wir gehen haben. — Siemensstadt: Jugendheim Schule Siemensstadt, Schulstr. 14-15. Neue Spiele. — Wie spielen ab 19 Uhr: Kochkammer: Belle-Island, Köpenick; Spielweise Volkspart: Köpenick; Kreis Oberpreußen: Köpenick; — Jugendgruppe des Deutschen Velleibungsarbeiterverbandes: Tempelhof, Volkstr. 18. — Jugendgruppe des Deutschen Textilarbeiterverbandes: Engelstr. 24-25. Aufgange 4. 3 Treppen, Sitzungssaal. Gruppenabend. — Jugendgruppe des Verbandes der Rahmentischler- und Getreidearbeiter: Neue Köpenicker Str. 4-5. Ein langes Monatsende, ausgelassen von unserer Jugendgruppe. — Jugendgruppe des Deutschen Bergwerksbundes, Rantier: Sauerabend im Jugendheim Großbrennstr. 96.

## Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Rantier: Jugendheim Vöckingstr. 19. Abend eigener Ausgestaltung. — Ostend: Jugendheim der Schule Elnaue Str. 18. Arbeitsgemeinschaft: „Jugend im Reich“, Referent: Dr. Leminski. — Tempelhof: Jugendheim Elnaue Str. 3 (Reinholdstr.). Ausgange: „Was aus von unseren Begehren trennt“, Vortrag: Weinstock. — Die Freie Angestelltenbund e. G. m. b. H. tagt heute von 20-22 Uhr im Verbandshaus. — Spiele im Freien ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Tiergarten.

Verantwortlich für Inhalt: Dieter Schiff; Schriftf.: G. Klingelböcher; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Herbert Reppert; Layout: und Kontrast: Fritz Karst; Ausgänger: Th. Glöck; Druck: in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW. 68. Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen.

Niedrigste Kassepreise

Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer  
Küchen-, Polster-, Einzelmöbel

Eigene Großfabrikation seit 1876

# SEELISCH MÖBEL

Hackescher Markt 4 (Naher Bahnh. Börse)

Langfristige Zahlungsbedingungen

Frachtfreie Lieferung Deutschland

Kostenlose Lagerung

Illustrierter Katalog V gratis

# FABRIK

Rigaer Straße 71 (U-Bahn: Samariterstraße)







Wesse versteht, unbemerkt Zutritt zu den Schulgebäuden zu erlangen, läßt an der Vermutung, daß es sich um einen Geisteskranken handelt, berechnete Zweifel aufkommen. Die Kriminalpolizei konnte dem Verbrecher bisher nicht beikommen.

# Der Prozeß um die Mitgift-Quittung.

## Dr. Petscheks widersprechende Aussagen.

### SA.-Ueberfall auf Jugendgenossen.

Immer sind die Strolche bewaffnet und immer schießen sie.

Wie uns aus Weiffensee berichtet wird, unternahm gestern Abend SA.-Leute auf Jugendgenossen, die vom Sportplatz „Fauler See“ in Weiffensee heimkehrten, einen hinterhältigen Ueberfall.

Als die Jugendgenossen die Falkenberg-Strasse passierten, stürzten aus der SA.-Kaserne zahlreiche SA.-Leute auf die Straße und drangen auf die jungen Leute ein. Die Nazibanden hatten aber die Rechnung ohne das Reichsbanner gemacht. Einige Reichsbannerkameraden nämlich, die gleichfalls vom Sportplatz nach Hause gingen, kamen gerade hinzu, als sich die Nazimeute auf die Jugendgenossen stürzen wollte. Jetzt ergriffen die Braunhemden die Flucht, gaben aber auf die Reichsbannerkameraden sechs Schüsse ab und zogen sich dann in ihr SA.-Büro, das sie Kaserne nennen, zurück. Glücklicherweise traf keine nationalsozialistische Wördevorteilung einen Reichsbannerkameraden oder Jugendgenossen. Vom alarmierten Ueberfallkommando wurden fünf Hakenkreuzler festgenommen und der Politischen Polizei übergeben. Mehrere Reichsbannerleute wurden gleichfalls als Zeugen mit ins Präsidium genommen.

Bereits am Montag wurde Reichsbannerleuten ein Ueberfall von den SA.-Banditen angedroht. Besonders auf einen Kameraden haben es die Strolche abgesehen, den sie gelegentlich „fertigmachen“ wollen.

Man würde dem Prozeß Caro-Petschel nicht gerecht, wollte man nicht das Verhandlungsergebnis wenigstens von Zeit zu Zeit registrieren. Es geht hier eben um mehr als einen Familienstreit zwischen dem höchsten Kohlenmagnaten Petschel und dem deutschen Gelehrten und Stickstoffindustriellen Caro. Insbesondere die deutsche Öffentlichkeit ist nicht ganz uninteressiert an dem Gesicht der Familie Petschel, dieser 500fachen Millionäre, die die deutsche Braunkohlenindustrie in einer Weise beherrschen, daß dies bereits mehr als einmal Gegenstand öffentlicher Erörterungen war und auch heute noch ist.

Die vieltätige Vernehmung des Professors Caro, der ein vernichtend wirkendes Bild von dem alten Ignaz Petschel gemalt hatte, brachte keine Klarheit in die mysteriöse Angelegenheit der verschwundenen Mitgiftquittung, deren Fälschung dem Angeklagten vorgeworfen wird. Wozu hat er Reproduktionen angefertigt? Weshalb hatte er das Original seinem polnischen Anwalt übergeben? Gibt es tatsächlich Deute, die die Quittung gefehen haben sollen? Was dahinter steht, wird die Beweisaufnahme zeigen. Allerdings: der 75jährige Ignaz Petschel wird, wie wir schon mitteilten, die Reise von Kuffig nach Berlin nicht machen können. Sanitätsrat Dr. Leppmann, der ihn auf Veranlassung von Caros Verteidiger Professor Dr. Alberg untersucht hat, gab sein Gutachten dahin ab, daß es sich bei Ignaz Petschel nur noch um ein künstlich erhaltenes Leben handle, das jeden Augenblick gefährdet sei. Man

muß mit dem Sohn Dr. Ernst Petschel vorliebnehmen. Seine Vernehmung hat bereits zwei Verhandlungstage ausgefüllt; sie gestaltete sich für ihn vorläufig wenig günstig.

Wie war es nun mit der Mitgift in Höhe von 400 000 Mark, die er von Prof. Caro erhalten haben soll, und wie mit seinen eigenen Einnahmequellen? Hier verwickelt sich Dr. Ernst Petschel in Widersprüche. Ignaz Petschel habe bei seiner Heirat auf sein Konto drei Millionen Mark eingezahlt. Von den Zinsen aus diesem Kapital habe er seine Haushaltskosten bestritten. Die drei Millionen Mark sind unbekannt wohin verschwunden. Wahrscheinlich sind sie während der Inflation der Entwertung verfallen. Der Vorstehende kann es nicht begreifen, daß man sich für den Verbleib von drei Millionen nicht interessiert haben sollte. Und wie war es mit der Mitgift? Beim Staatsanwalt und in der Voruntersuchung hat Dr. Ernst Petschel behauptet, eine Mitgift sei nie versprochen worden und man habe über eine solche auch nie gesprochen. Vor Gericht muß er zugeben, daß er mit seinem Schwiegervater zu einem gewissen Zeitpunkt wohl über die Mitgift gesprochen habe. Die Mitgift in Höhe von 300 000 Mark müsse aber zu einer Zeit gegeben worden sein, da diese nicht mehr als 30 000 Mark in Goldwert ausgemacht habe. Auch bayerische Stickstoff-Aktien in Höhe von 100 000 Mark habe er als Mitgift erhalten. Die Aktien seien beim Schwiegervater in Kustobehaltung geblieben. Bei der Darstellung dieser so wichtigen Tatsachen gibt der Reventländer, wie Prof. Alberg feststellt, fünf verschiedene Darstellungen.

Zu heftigen Auseinandersetzungen kommt es bei der Zwischenvernehmung des Ersten Staatsanwalts beim Kammergericht Reimer, der von vornherein überzeugt war, daß mit Prof. Caro irgend etwas nicht stimme: sein Mißtrauen gegen ihn steigerte sich, als die versprochene Reproduktion der Quittung nicht vorgelegt wurde. Diese Stellungnahme gegen den Angeklagten, von der Herr Reimer auch dem Anzeigenden Dr. Petschel gegenüber keinen Hehl machte, ruft bei der Verteidigung den stärksten Widerspruch hervor.

Die Vernehmung des Dr. Petschel dürfte noch manchen Sitzungstag ausfüllen.

### Nazis gegen vierjährigen Jungen.

Weil er ein schwarzrotgoldenes Fähnchen trug.

Die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ubele Schreiber-Krieger schreibt uns:

Eine mir gut bekannte junge Mutter besuchte mit ihren Eltern und ihrem noch nicht vierjährigen Jungen das Arbeiter-Sportfest. Der Junge erhielt ein schwarzrotgoldenes Papierfahnenchen geschenkt und trug es selig in der Hand. Da gegen Abend das Kind müde wurde, nahm es die Mutter auf den Arm und ging ihren Eltern etwas voraus, um rascher ihre in Spandau gelegene Wohnung zu erreichen.

Ein Trupp von etwa 10 Nationalsozialisten umringte plötzlich die Frau und schrie sie an; sie möge das schwarzrotgoldene Fähnchen, das das Kind immer noch in der Hand hatte, zerreißen. Sie erwiderte: „Ich zerreiße die Fahne nicht, wenn Sie sie durchaus zerreißen wollen, dann müssen Sie es selbst tun!“ Hierauf wollten die nationalsozialistischen Heiden dem Kinde das Fähnchen entreißen — der Junge fing aber, im Kampf um sein Spielzeug, so laut zu schreien an, daß die Umstehenden, die glaubten, das Kind werde geschlagen, eine drohende Haltung einnahmen. Erst dann stellten die Nazis ihre politische Heiligkeit ein!

Die junge Mutter fragt: „Täglich, auch gestern, sah ich auf den Straßen in Mengen Nationalsozialisten mit Hakenkreuzfahnen und Hakenkreuzarmbänden, die unangefochten ihren Weg gehen. Eine Frau aber mit einem kleinen Kind auf dem Arm überfällt man, weil das Kind ein Fähnchen in den deutschen Reichsfarben in der Hand hat. Ich gehöre keiner Partei an, habe mich bis jetzt wenig um Politik gekümmert, aber meine Eltern und ich sind empört, daß man friedliche Menschen in dieser Weise anpöbelt. Wir wissen jetzt, was wir von den Nationalsozialisten zu erwarten haben.“

### Großer Dachstuhlbrand in Steglitz.

Im Dachstuhl des Hauses Amfortasweg 11, unweit der Birkenhufstraße in Steglitz, brach in den gestrigen Abendstunden aus noch unbekannter Ursache Feuer aus, das bei der Entdeckung bereits so großen Umfang gewonnen hatte, daß der Alarm „Mittelfeuer“ gegeben werden mußte. Drei Löschiüge griffen unter Leitung des Oberbaurates Footh in die Bekämpfung des Feuers mit vier Schlauchleitungen ein. Ein großer Teil des Dachstuhles ist trotz aller Anstrengungen der Feuermehr niedergebrannt. Die Abblösungs- und Aufräumungsarbeiten waren erst gegen Mitternacht beendet.



## Dreipfeil heraus!

Seit Jahren haben die Nationalsozialisten in Gemeinschaft mit völkischen Bündnen versucht, ein unbestreitbar heidnisch-ostasiatisches Symbol, das Hakenkreuz, zum Abzeichen ihrer angeblich deutsch-germanischen Ziele und Bestrebungen zu machen.

Wer aufmerksam die Straße beobachtet, kann feststellen, daß alle anderen nationalen Abzeichen gegenüber dem Hakenkreuz immer mehr verschwinden.

Das Hakenkreuz soll die Straße beherrschen und dem politisch schwankenden oder indifferenten Bürgertum den Glauben beibringen, daß es nur dieses und kein anderes Abzeichen mehr gibt.

Pflichtlich ist aber ein ganz neues Symbol da, der

## blitzende, funkelnde Dreipfeil,

das Abzeichen aller demokratisch-republikanischen Sozialisten. Und wo sich zwei mit diesem Zeichen sehen, da klingt hell und zuversichtlich der Ruf Freiheit und wie zum Schwur stößt die geballte Faust in die Luft.

Zehntausende, Hunderttausende, Millionen müssen das Zeichen der neuen deutschen Freiheit, den

## leuchtenden Dreipfeil

tragen. Keiner darf sich ausschließen, dem es Ernst ist um Volksstaat, Verfassung und soziales Recht und Gesetz.

Schon hat der Gegner, der Nationalsozialist, das Zeichen mit dem Blut seines Trügers gerötet, schon sind Opfer gefallen. Das darf nicht schrecken. Nun erst recht!

Jeder, der den Dreipfeil trägt, ist ein Kämpfer für Wahrheit und Freiheit, Ordnung und Frieden, Brot und Recht.

Wer möchte für diese herrlichen Ideale nicht kämpfen?

## Heraus mit dem Dreipfeil!

### Güterzugkatastrophe im Saargebiet.

Zug durchbricht ein Kantinendach.

Saarbrücken, 29. Juni.

Am Dienstagvormittag ereignete sich bei der zu der Rombacher Hütte gehörenden Grube Orne in Lothringen ein schwerer Unglücksfall.

Wahrscheinlich infolge Versagens der Bremse brachte man einen aus Maschine und sechs mit Erz beladenen Wagen bestehenden Zug nicht zum Halten, so daß er auf das Rotgleis geriet und schließlich auf dem Dach der Kantine landete, das mit großem Getöse zusammenbrach. Die gesamten Stellungen wurden durch den Anprall zertrümmert. Ein Arbeiter, der ahnungslos im Bette gelegen hatte, kam wie durch ein Wunder mit nur leichten Verletzungen davon: die Maschine kam kaum einen Meter vor seinem Bett zum Stehen. Einige Arbeiter, die sich in der Kantine aufhielten, wurden mit schweren Verletzungen unter den Trümmern herorgezogen. Drei von ihnen wurden sofort ins Krankenhaus gebracht. Ein Bremser, der die Gefahr erkannt hatte, hielt sich mit aller Kraft in seinem Bremsbüchsen fest und kam mit heiler Haut davon. Ein zweiter Bremser sprang vorher ab und verletzete sich schwer.

### Ein Schuß ins Herz.

Ein Kind beim Spiel mit einer Luftbüchse erschossen.

In Dresden-Tschernik wurde ein 11jähriger Knabe von einem gleichaltrigen Kameraden, der mit einer Luftbüchse nach einer Scheibe schuß, getötet. Ein unvermittelt losgegangener Schuß traf das Kind ins Herz.



## Oskar Wöhrl: Jan Hus. Der letzte Tag

Es gab eine kurze Verwirrung. Doch der König erhob seine Stimme und beruhigte die Gäste, und eifertige Diener kamen und setzten den Entseelten so in seinen Pfuhl zurück, als ob er noch lebte und atmete. In Anwesenheit des Toten waren Schauspiel und Bankett weitergegangen. Freilich, der Vogt muß sich eingestehen, er hat von diesem Augenblick an nichts mehr von der Veranstaltung gehabt, weder vom Spiel, noch vom Wein, noch vom Essen. Nicht einmal mehr vom Gespräch, das der König in leutseligster Weise mit dem Bürgermeister führte und das für ihn als Vogt von höchster Wichtigkeit war, weil es sich um längst gewünschte städtische Freiheiten handelte. Aber jetzt, wo er in einem fort den toten Mann im Sitz gegenüber anstarrte, mußte, wo er sah, wie sich die hellen Haare auf den Toten Händen aufzusträuben angingen wie die Borsten einer Bürste, wo er sah, wie die Leichenstarre an der Arbeit war, aus dem vermissten Gesicht eine Maske des Grauens zu pinzen, was kümmerte ihn da noch groß, ob die Stadt den roten Jagel quer übers Wappen bekam, ob sie künftighin im Felde eigene Trompeter halten durfte oder nicht, ob ihr gestattet wurde, ihre Briefe mit rotem Wachs zu siegeln statt mit gelbem? Ungeachtet des toten Gastes fiel dem Vogt Hus ein, den er morgen auf den Brühl hinaus zu eskortieren hatte. Eigentlich ging ihm nicht so sehr der Böhme im Kopf herum, als des Böhmen Henker. Denn das würde Stoff für ein Schildbaur Meisterstück abgeben, Faschnachtstatter für die mißgünstigen, spottfüchtigen Stadtweisen und Landschaften rundum, wenn morgen der arme Sünder da wäre, der Nachrichten jedoch nicht.

Nun, jetzt kann er in diesem Punkte beruhigt sein; der Buchmeister hat ihm gleich nach der Ankunft des Ratsbootes den Vadmann geschickt. Der Keger wird also morgen nach allen Regeln der Kunst auf der Brandstätte zur Hölle fahren!

Inzwischen sind jedoch auch ärgerliche Meldungen eingegangen. Die Scharwache hat auf der Brücke zu den Predigermönchen den Gerichtsbesprech Dohrbagge erstochen aufgefunden und ihn in die Frischkammer geschafft. Als Täter wurde Binz, der Hilfschreiber der Stadt, beigebracht. Da hört doch alle Gemütslichkeit auf! Außerdem gibt's Staub und Stieb bei den Barfüßern. Der Walbel, der von diesem Lärmen berichtet, wußte zwar nichts Bestimmtes; aber er brachte das Gerücht, der Böhme sei entlaufen. Nun, das Gefängnis bei den Barfüßern geht ihn, den Vogt, und die Stadt nichts an, das untersteht dem Bischof von Riga. Doch da er die böhmischen Herren diese Nacht sowieso unter Beschattung hat, wird es gut sein, er sucht den Bürgermeister auf und bespricht sich mit ihm. Im Schlaf ist ja bei dieser verteuflerten Hundsjaulerei doch nicht zu denken.

Herr Johann von Schwarzach freut sich herzlich, als er den Vogt sieht. Auf diese Weise entrinnt er wenigstens dem unaufhörlichen lästigen Gesäße seines Ehedrachsens, der immer wieder herüberdortzelt, was wohl das andauernde Heulen der Hunde bedeute? Das Bankett im „goldnen Schwert“ ist dem Bürgermeister sichtlich ungesund bekommen. Er sagt deshalb erklärend:

„Ich glaub halt, Vogt, ich hab mit dem Wein eine schwarze Spinne verschluckt. Die drängt jetzt nach außen. Schon dreimal bin ich am Speißbübel gewesen!“

Der Vogt meint:

„Deine schwarze Spinne ist wohl dieser tote Fürstbischof gewesen. Da konnte einem der schönste Rotwein verleidet! Ging mir selber nicht anders. Noch jetzt, wenn ich dran denke, dreht mir eine fremde Faust die Kuttel um!“

Die Bürgermeisterin nebenan nimmt es ungnädig auf, daß ihr Ehegesponst ihr nicht antwortet. Lauter, als nötig wäre, läßt sie ihren Unmut entlaufen:

„Sowas schimpft sich Bürgermeister und ist nicht imstande, nachts im eigenen Hause für Ruhe und Ordnung zu sorgen! Nicht mal die Hund kann er kommandieren, noch viel weniger die halben Hund, die Menschen!“

Herr Johann kriegt Zorn in den Kopf. Wenn er schon abgefanzelt werden soll, dann nicht vor dem Vogt! Er hört mit dem Bartzupfen auf und will eben eine gepfefferte Antwort geben, da dröhnt draußen der Klopfer.

„Ist der Vogt da?“ leuchtet, sich überjagend, eines Scharwächters Stimme.

„Was ist los, Mann?“ fragt Hans Hagen und öffnet selber die Tür.

„Wieder einer erstochen! Beim geistlichen Klaghaus hat ihn eine Streife gefunden.“

„Wer ist's?“

„Bei uns kennt ihn keiner. Aber er hatte ein Stadtzeichen bei sich!“

Dabei reicht der Scharwächter eine Kette mit einem Metallschildchen. Der Vogt tritt zum Licht, um die Stanzung zu lesen.

„Nummer neunzehn!“ sagt er langsam und schaut den Bürgermeister an.

„Was?“ fragt der und meißt wieder sein Barteuter. „Nummer neunzehn? Etwa der, welcher dir heute die Planung anbrachte?“

„Der und kein anderer! Doch, fort mit Schaden! Er ist gut hin. Bloß von meiner Seite aus wieder mal vorbeigedacht!“

„Wiefo?“

„Bei dem Kerl häit' ich auf Rad oder Galgen gewettet, zehn gegen eins, nie auf einen ehrlichen Tod durch Dolch oder Messer!“

„Da siehst du, wie man sich irren kann!“ meckert Herr Johann.

Der Scharwächter ist fort; der Vogt hat ihn durch ein anerkennendes, kurzes „Wohl! Wohl!“ verabschiedet.

„Was tun im Sturm?“ Das ist Herrmanns Lieblingsspruch, sobald er selber nicht Rat weiß.

„Lärm schlagen, nichts anderes!“

Der Bürgermeister kann nicht sofort antworten. Der tote Fürstbischof kommt ihm wieder hoch. Herr Johann muß ein viertes Mal an den Speißbübel.

Hinter einem Ball dunkler Geranien blinzt ein gelber Totenkopf.

Der lahme Dombelkan sitzt am Fenster seines Zimmers und starrt hinunter auf den Münsterplatz.

Schon manche schlaflose Nacht verbrachte er so, schaute ins Dunkel und lauschte auf die Ater-Äge der schlummern den Stadt.

(Fortsetzung folgt.)







# Können Sie telephonieren?

## Kursus der Reichspost für Leute mit dem Telephonkomplex.

Neulich stand ein Mann vor einer Telephonzelle und wartete. Stundenlang, wie es ihm schien. Was die Frau in der Zelle eigentlich am Apparat herumsummelte war nicht recht ersichtlich, als sie endlich auf häufiges Klopfen heraus kam, sagte sie ganz verärgert: „Ich habe gar keine Verbindung bekommen.“ — „Sie sollten auch erst mal telephonieren lernen“, brummte der Mann ärgerlich. Na, warum sollte sie das nicht? Es gibt immer noch eine ganze Menge Leute, die Angst vor der Sprech- und Hörmuschel des Telephons haben, höchst ungerne damit hantieren, und wenn sie mal ans Telephon gerufen werden, überhaupt nichts verstehen und losfahren, daß man es ohne Telephon mühelos vom Hallischen Tor bis zum Potsdamer Platz hören könnte, während der Teilnehmer am anderen Ende leider gar nichts versteht.

Für alle, die gewissermaßen mit einem Telephonkomplex behaftet sind oder die gerne etwas mehr über dieses nützliche Instrument wissen möchten, hat die Reichspost jetzt einen Vortrag eingerichtet, einen einstündigen Kursus über das Wesen der Telephonie, ihre Grundlagen und Voraussetzungen, wie das Telephon entstanden ist und was alles damit zusammenhängt. Man erfährt, wie sich seit 1876, als der Amerikaner Graham Bell seinen Apparat auf der Hundertjahrfeier in Philadelphia zeigte, wo die epochemachende Erfindung übrigens zunächst gar nicht beachtet wurde, der Apparat im Laufe der Zeit entwickelt und bis zu seiner heutigen Form vollendet hat. 1877, als die Kunde von dem neuen Apparat nach Deutschland kam, sprach man nur von dem neuen „amerikanischen Schwindel“, und man wollte lange Zeit nicht glauben, daß es möglich sei, sich durch den Draht über eine größere Entfernung zu verständigen. Na, wenn es noch ein Rohr gewesen wäre, aber durch den geschlossenen Draht zu sprechen, das wollte niemandem einleuchten. So war es denn kein Wunder, daß der Generalpostmeister Stephan, der das Telephon einführte, die größten Schwierigkeiten überwinden mußte. Der Postmeister von Brandenburg wehrte sich mit Händen und Füßen, als eines Tages eine Kommission kam, die das Telephon an den Draht nach Berlin anschließen wollte, um die Verständigungsmöglichkeiten auszuprobieren. Der brave Postmeister glaubte, Schwindler wollten ihn neppen.

Aber immerhin ist Deutschland das erste Land, das den Fernsprecher in den öffentlichen Telegraphenbetrieb einstellte. Gegen Ende des Jahres 1877 hatte man bereits 16 Telegraphenanstalten unter Benützung des Fernsprechers neu eingerichtet. Und das erste deutsche Fernsprechnetz wurde 1881 in Berlin angelegt, verlaufswise mit ganzen acht Teilnehmern, deren Zahl jedoch noch im selben Jahre auf 458 stieg. In den letzten Jahren ist man mit der Einrichtung der Selbstwähler wieder einen Schritt weiter, die nächste Entwicklung dürfte dann die drahtlose Telephonie sein. Dieser letzte Schritt wurde zwischen Kopenhagen und Stockholm bereits vollzogen, die Einwohner der beiden Städte können schon seit 1926 drahtlos miteinander sprechen.

Man kann sich auch davon überzeugen, wie die Gesprächszählung bei den neuen S.A. Betrieben (das heißt „Selbstanschluß“) vor sich geht. Falschzahlungen sind dabei eigentlich ausgeschlossen, damit werden nun wohl auch die Klagen über zuviel auf-

geschriebene Gespräche verstummen. Aber auch andere postalische Einrichtungen lernen man näher kennen, so die Anlage der Rohrpost, die ständig verbessert wird. Mit dem größten Interesse folgen die Hörer jedoch den experimentellen Erläuterungen, die den theoretischen Vortrag ergänzen. Verständnissinnig nützen alle, wenn es schon akzentuiert aus dem Lautsprecher tönt, mit oder ohne Verstärker: „Die Welt wird alt und wieder jung, der Mensch hofft immer Verbesserung.“ Ein täglich wechselnder Film, der Anlagen der Reichspost in unterhaltsamer Form zeigt, beschließt die interessanten Vorführungen, die täglich (außer Mittwoch und Sonnabend), 11.30 Uhr, im Reichspostmuseum, Leipziger Ecke Mauerstraße, gehalten werden. Der Eintritt ist frei.

# Eiserne Front gegen Hitler-Barone!

## Unsere nächsten Partei- und Betriebsveranstaltungen:

- 8. Kreis — Spandau.** Donnerstag, den 30. Juni, 19.30 Uhr, öffentliche Kundgebung in der Jubiläumsturnhalle Spandau, Askanierring. „Der Kampf um den neuen Reichstag“. Referent: Erich Kuttner, MdL.
- C. Lorenz A.-G.** Donnerstag, den 30. Juni, 17 Uhr, Betriebsversammlung im Birkenwäldchen, Tempelhof, Manteuffelstraße 11/12. „Einheitsfront“. Referent: Franz Künstler, MdR.
- Knorrbrömse.** Donnerstag, 30. Juni, 16. Uhr, SPD-Fraktionsversammlung mit Sympathisierenden im Lokal „Zum Treffpunkt“, Boxhagener Ecke Bahnhofstraße. „Der Freiheitskampf der Arbeiterschaft“. Referent: Hans Marx.
- 14. und 15. Abt.** Freitag, 1. Juli, 19.15 Uhr, im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42, öffentliche Kundgebung. „Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse“. Referent: Robert Bredow, MdL.
- Loewe-Gesürl und Typograph.** Donnerstag, den 30. Juni, 16.15 Uhr, Fraktionsversammlung bei Sturz, Huttenstraße 9. „Polizei und Arbeiterschaft“. Referent: Ernst Hildebrandt.
- AU-Arbeiter beim Bezirksamt Prenzlauer Berg.** Sonnabend, 2. Juli, 19 Uhr, im Altersheim Danziger Str. 62, Fraktionsversammlung. „Kampf der Arbeiterschaft um ihre Lebensrechte“. Referent: Gottlieb Reese.
- Krankenkassengestellten.** Freitag, 1. Juli, 16.15 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer 25, „Eiserne-Front-Versammlung“. „Vernichtung oder Aufbau der Sozialversicherung“. Referent: Hugo Brenke vom Hauptvorstand des ZdA.
- A. E. G. Turbine.** Donnerstag, 30. Juni, 15 Uhr, im Lokal Oehl-schlager, Berlichingenstr. 5, Fraktionsversammlung. „Die Front gegen den Faschismus“.
- 85. Abt.** Sonntag, 3. Juli, 15.15 Uhr, im „Birkenwäldchen“, Tempelhof, Manteuffelstr., öffentliche Kundgebung. Konzert. Referat des Genossen Fritz Schröder „Sozialistisches oder faschistisches Deutschland“.

## Hochstaplerstreich mit Travellerschecks.

### Berliner Banken um Tausende betrogen.

Bei den Zentralstellen und Filialen einzelner Berliner Großbanken hat in den letzten Tagen ein Mann, dessen Paß auf den Namen R. Blumberg ausgestellt war, Travellers-(Reise-)Checks der American Bankers Association in Washington vorgelegt, die auf die First National Bank of Greenwich ausgestellt waren und hier in Berlin in Beträgen von 400, 500 und 1000 Dollar eingelöst wurden. Nachforschungen ergaben, daß die Reiseschecks der Corporation in Washington aus den Tresors gestohlen waren. Die Kriminalpolizei hat die Jagd nach dem Hochstapler aufgenommen. Bei dem Betrüger handelt es sich um einen Mann von etwa 40 Jahren. Bei Vorlage der Checks behauptete Blumberg, sie von der First National Bank in Greenwich gekauft zu haben. Es handelte sich um Blankoschecks. B. hatte davon für 20800 Dollar bei sich. Es konnte noch nicht festgestellt werden, wo überall Checks dieser Art vorgelegt und eingelöst wurden; sie gehen zunächst ihren regulären Weg nach Washington zurück, so daß es noch eine ganze Zeit dauern wird, ehe man feststellen kann, bei welchen Banken der Hochstapler aufgetaucht ist.

## Wieder ging einer dahin . . .

Wieder hat der Tod einen alten Kämpfer für den Sozialismus aus dem Kreise der Lebenden gerissen. Ernst Loff, der in Charlottenburg seine ganze Kraft der sozialistischen Arbeiterbewegung hingab, hat sich in der Berliner Bewegung einen guten Namen gesichert. Der Versorbene war mehrere Jahre der Vertreter der Charlottenburger Arbeiterschaft im Stadtparlament, ferner war er mehrere Jahre Parteisekretär und Vorsitzender der 54. Abteilung. Die Partei wird Ernst Loff ein ehrendes Andenken bewahren.

## Gefängnis für Republik-Beischimpfung.

Vor dem Schöffengericht Bauenburg wurde der nationalsozialistische Mühlenpächter Paul Zieck als Bierstubein zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Zieck äußerte anlässlich einer politischen Auseinandersetzung mit Republikanern: „Ich sch... auf die deutsche Republik.“ Vor Gericht stritt er — ohne Erfolg zu haben — ab, die Republik beschimpft zu haben.

## Mord in Bernau.

Am Mittwochmittag wurde in Bernau die Ehefrau des Arbeiters Döberan erdrosselt im Bett aufgefunden. Die Frau war gefesselt, um ihren Hals befand sich eine Schlinge aus Kupferdraht. An der Leiche festgestellte Kratzwunden wiesen darauf hin, daß der Tat ein heftiger Kampf zwischen dem Mörder und seinem Opfer vorausgegangen war.

Der Erfolg der Liste „Schulaufbau“ an der Karl-Marg-Schule. In unserem Bericht über den Ausgang der Elternbeiratswahlen hatte sich ein Druckfehler eingestellt. Es heißt dort: Die geistlichen Elternbeiratswahlen brachten der Liste Schulaufbau an der größten weltlichen Schule Deutschlands einen ausdrucksvollen Erfolg. Es muß aber heißen: ... an der größten weltlichen Schule Deutschlands. Es handelt sich um die Karl-Marg-Schule in Neufölln, wo die Liste Schulaufbau zwei Drittel der Mandate erobert hat.

Der italienische Luftfahrtminister Balbo traf gestern im Flughafen Tempelhof ein, wurde vom Ministerialdirektor Brandenburg vom Reichsverkehrsministerium empfangen und begab sich mit Herrn Brandenburg sofort ins Hotel Eplanade zum Frühstück.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

### Beginn aller Veranstaltungen 19.15 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

- 3. Kreis.** Die für Freitag, 1. Juli, angesetzte Elternbeiratsversammlung findet unanberührt nicht statt.
- 13. Kreis.** Donnerstag, 30. Juni, 16.15 Uhr, treffen sich die erwerbslosen Genossen an der Eidenhofer Ecke Chausseestraße zum Besuch der Gen. Redner.
- 6. Abt.** Donnerstag, 30. Juni, 20 Uhr, Fraktionsversammlung, Vorstand 1 Stunde früher.
- 8. Abt.** Donnerstag, 30. Juni, 20 Uhr, im Heim Genthiner Str. 17, Zusammenkunft jüngerer Parteimitglieder. „Wir bauen den Sozialismus“, Referent Bruno Reumann.
- 18. Abt.** Freitag, 1. Juli, 19.15 Uhr, letzter Abend Arbeitgemeinschaft Bernau über das Parteiprogramm für die jüngeren Parteimitglieder.
- 20. Abt.** Freitag, 1. Juli, Fraktionsversammlung bei Post, Eidenhofer Str. 108.
- 41. Abt.** Freitag, 1. Juli, 18 Uhr, bei Schuster, Chamissoplatz, wichtige Zusammenkunft.
- 78. Abt.** Die übliche Fraktionsversammlung findet am Freitag nicht statt. Benachrichtigung erfolgt nach.
- 85. Abt.** Freitag, 1. Juli, 19 Uhr, findet vor der Mitgliederversammlung eine Sitzung des erweiterten Vorstandes im genannten Lokal statt.
- 89. Abt.** Freitag, 19.15 Uhr, Fraktionsversammlung bei Stein, Sandstraße 10.
- 100. Abt.** Donnerstag, 30. Juni, 20 Uhr pünktlich, in der Schule wichtige Mitgliederversammlung.
- 101. Abt.** Freitag, 1. Juli, an bekannter Stelle, Vorstandssitzung.
- 114. Abt.** Donnerstag, 30. Juni, Vorstand- und Fraktionsversammlung an bekannter Stelle.
- 143. Abt.** Freitag, 1. Juli, Vorstandssitzung mit den Bezirksführern an bekannter Stelle.

### Frauenveranstaltungen.

- 3. Kreis.** Fraktionsversammlung am Freitag, 1. Juli, 19.15 Uhr, bei Repr. Oberstrotz, 7, Ede Heidenfeldstraße. Wichtige Besprechung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
- 11. Kreis.** Freitag, 20 Uhr, Fraktionsversammlung bei Wll, Martin-Luther-Straße 69. Erscheinen aller Fraktionsrinnen ist Pflicht.

### Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Die Abrechnung für die Lagerstättennehmer muß spätestens bis Freitag, 19. Juli, abgeschlossen sein. Schätze in für beide Lager nicht mitzubringen. Jeder sollte sich nur seinen Bedarf zum Wandervogel mit. Restkassen! Abfahrt nach Blankensee Montag, 4. Juni, 9.45 Uhr, ab letzter Bahnhof, Treffen 9 Uhr Abfahrtsort. Kreuzberg: Heute Unterführung aller Lagerstättennehmer. Müddels 17.15 Uhr, Jungens 18 Uhr.

**Charlottenburg:** Die Eltern, die für die Ferienfahrt noch nicht abgerechnet haben, müssen es bis Freitag, 1. Juli, zwischen 17—20 Uhr tun, da sonst die Kinder nicht mitgenommen werden können.

**Neufölln:** Elternbeiratswahl heute, 18 Uhr, Parade. Vorstandssitzung mit Gruppenführern 20 Uhr ebenso, Arbeitsdienst für Falten und Helfer heute, Donnerstag, Falten 10 Uhr, Falten 14 Uhr in der Parade. Rückzug mitbringen.

**20. Kreis.** Heute, Donnerstag, 19 Uhr, kommen alle Falten und Helfer, die ins Rolltor gehen, bei Panitzsch, Wittensau, Am Hügel 7, zusammen. Erscheinen ist Pflicht.

### Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

**83. Abt.** Unser Genosse Hermann Borchert, Schwarzstr. 2a, ist am Sonntag, 26. Juni, plötzlich verstorben. Die Beerdigung findet am Donnerstag, 30. Juni, 16 Uhr, auf dem Neuen Jakobikirchhof, Hermannstraße, statt. Regte Beteiligung erwartet der Abteilungsleiter.

### Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Jugendsekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 2, vorn 1 Treppe rechts.

**Gefunden auf dem Raft im Grünwald-Station 1 Schlaffel.** Abgehoben vom Sekretariat.

**Heute, Donnerstag, 20 Uhr:**

**Kreuzberg Platz 11:** Schönleber Str. 11, B. 2; Kurzerferate: „Wir wird die Welt regiert?“ — **Falkplatz 11:** Sonnabendstr. 20; Fraktionsversammlung. — **Dammplatz:** Gleimstr. 25—26; Letztes Monatsende. — **Kordoban 11:** Damsgr. Straße 62, B. 111; „Ausländische Arbeiterbewegungen.“ — **Schubauer Vorplatz:** Sonnabendstr. 20; Letzter Abend. — **Weddowplatz, N. F. 1:** Dammplatz, 11; Mitgliederversammlung. — **Falkenberg:** Weddowstr. 4; Sonnabend, 2. Juli.

**Bauer Tag:** Uchander, 167; Spielabend. — **Abend der Westel:** Manteuffelstr. 7. — **Unser Stellung zur neuen Einheitsfront:** Friedebau: Offenbacher Str. 8a; Fraktionsversammlung. — **Schöneberg II:** Hauptstr. 15; Fraktionsversammlung. — **Schöneberg III:** Hauptstr. 15; „Politische Rundschau“. — **Wesend:** Sportplatz Wesend; „Die Arde und die Gemeindefragen“. — **Tege:** Schöneberger Str. 8; „Freiheitskultur“. — **Rasow:** Grundbesitzer, 9; „Was haben die Gemeindefragen die jetzt gelöst?“

**Berchberg Kreuzberg:** Wohnung, Fahrt der erwerbslosen Fraktionsmitglieder Treffpunkt 7 Uhr Bahn- sowie Radfahrer Sperrmahlplatz (Schiller Bahnhof). **Berchberg Kreuzberg:** Möbel-Werkstatt: Wie müssen erscheinen 20 Uhr Sonntagstr. 114. Die Spielgruppe „Der Querschnitt“ probt ebenfalls dort, 19.15 Uhr. Schilke'sche Lesung mitbringen.

**Berchberg Lichtberg:** Spielgruppe „Note Funke“: Heim Reichshof, Liebigstraße.

**Berchberg Pantow:** Mitgliederversammlung 19.15 Uhr. „Einheitsfront“, Referent Erich Schmidt.

**Berchberg Ostern:** Mitgliederversammlung morgen, Freitag, 19.15 Uhr, Köpfer Straße 4—6. „Einheitsfront“, Referent Fritz Erler.

**Berchberg Kreuzberg:** Mitgliederversammlung Dienstag, 5. Juli, 20 Uhr, Mula Manteuffelstr. 7. „Einheitsfront“, Referent Erich Schmidt.

**Berchberg Müggelsee:** Mitgliederversammlung Dienstag, 5. Juli, 19.15 Uhr, Abend, Dahlmer Str. 15. „Einheitsfront“, Referent Fritz Erler.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen

### Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

**Reichsbanner:** Berlin S. 14, Seckelstr. 37—38, Hof 1 & 2.

**Kreuzberg, 9. Zug:** Donnerstag, 30. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Eichholtz, Cuvenerstr. 22. — **Lichtenberg:** Donnerstag, 30. Juni, 19 Uhr, Jamba, Sportplatz am Friedhofshain. Turnzug mitbringen. Freitag, 1. Juli, 20 Uhr, Mitgliederversammlung der Kameradschaften Burgbogen, GutsMuth, Troopplatz, Kammersburg in den bekannten Lokalen. Kom. Bahndorf bei Anders, Bahnhofsstraße. Vortrag der Kameraden Wagner und Böhm.

**Operantengruppe Berlin-Kordow:** Rosmunder Str. 3, Rosmunder Vereinshaus, heute, 20 Uhr, Übungen, Sonntags. Gefelliges Beisammeln. Gäste willkommen.

**Verenigte Verbände heimatischer Oberschlesier e. V., Ortsgruppen Kordow I, Kordow III, Nordwest und Reinickendorf:** Sonntag, 15 Uhr, im Garten der Schultheiß-Rohdenhofer Benueci, Chausseestr. 64, großes Beisammeln anlässlich der 10-jährigen Wiederkehr der Abtrennung Ob-Oberschlesiens. Gartenfest, ausgeführt von einer Original-Bergmannstafel. Eintritt 40 Pf.

**Deutsche Kalten-Gesellschaft e. V.:** Sonntag, 3. Juli, Führung durch die Kaltenkulturen der Firma Georg Kimpel, Berlin-Rahlsdorf-Erd, Pulowstraße, 10 Uhr.

**Wetterausblick für Berlin:** Zeitweise heiter, aber nur mäßig warm; Winde nach Süd drehend. — **Für Deutschland:** Im Osten noch mäßig mit einzelnen Gewitterregen, im größeren Teil des übrigen Reiches trocken und im Westen neue Erwärmung.

**Ein neuer Stern!** Ein wahres Wunder der Wirklichkeit! Denn auch der hellste Tag vermag diese Strahlkraft nicht auszulöschen. „Orienta-Stern“ So nannte man diese Neuentdeckung in der Welt der Zigarren. Schon 2 1/2 Pfennige genügen, „Orienta-Stern“ ganz nahe, ja mitten in ihr Glühlichtfeld zu rücken. Der Wert-Gutstein im Orienta-Stern-Innenort verpackt Ihnen übrigens dieses ereignisreiche Vergnügen noch viel billiger: schon für 5 Pfennige 4 Glühlicht „Orienta-Stern“, die deutsche Sozialisten aus eben Orientabaten!

**500 000 Zigarillos für die Arbeitlosen:** Berlin (sonntags) die Inhaber der Zigarrenfabrik Koster u. Wolff, Frau Paula Koster, aus Anlaß der letzten erreichten Kaufsumme von 100 Millionen der bekannten E.-u.-M.-Marke: Donna Lucia. Die 500 000 Zigarillos werden in diesen Tagen den Wohlfahrtsämtern zur Verteilung zugestellt.

**Theater, Lichtspiele ufw.**

**Volksbühne**  
Theater an Blümlplatz  
8 1/2 Uhr  
**Geld ohne Arbeit**  
Komödie von Albert Gatzmann bearbeitet von R. A. Szymanski  
Regie: Günther Stark

**Städt. Oper**  
Charlottenburg  
Bismarckstraße 34  
Donnerstag, 30. Juni  
Turnus I  
**Die Banditen**  
Friedl, Eisinger, Nikolajew, Burgwinkel, Grünkeus, Westermeyer, Erenlauf, Kaudl, Gombert, Gonsz, Fedner, Hoyer, Steier, Danke  
Anfang 20 Uhr  
Ende 23 Uhr

## Wer findet die „Juvena-Tante“?

Es handelt sich um die beliebte Juvena-Kindergärtnerin vom Strandbad Wannsee, deren Bild Sie heute auf dem Titelblatt der Berliner Illustrierten sehen und die Juvena für die Ferien der Kurverwaltung von Swinemünde zur Verfügung stellt. Diese Juvena-Tante erscheint Donnerstag, Freitag und Sonnabend persönlich zu jeder vollen Stunde in der Badeabteilung jeweils eines der Geschäfte, die Juvena-Anzüge führen. Wer sie zuerst erkennt und mit den Worten begrüßt: „Guten Tag, Juvena-Tante“, erhält von ihr einen Gutschein für einen Bade- oder Strand-Auszug.

**Staats Theater**  
Donnerstag, den 30. Juni  
**Staatsoper Unter den Linden**  
20 Uhr

**Wiener Blut**

**Städt. Schauspielhaus**  
Gendarmenmarkt  
20 Uhr  
**Jeppe vom Berge**

**Schiller-Theater**  
Charlottenburg  
20 Uhr  
**Egmont**

**SCALA**  
Tät. 5 u. 8 1/2 Uhr  
Heute letzter Tag!  
**FERNANDO LINDER**  
Jos. Pennat's  
14 Rheuss-Alfthen  
Ada & Eddie Garos  
Willy Rosen usw.  
Juli geschlossen!

**PLAZA**  
5 u. 8 1/2 u. 11 1/2 Uhr  
Heute letzter Tag!  
Schwarzwaldbühne

**Deutsches Theater**  
Gäste zum letzten Male:  
**Die Journalisten**  
Lustsp. nach Gustav Freytag  
von Felix Jandichow  
Musik: Theo Mackeben  
Regie: Heinz Hilpert.

**Rose-Theater**  
in der Frankfurter Straße 11  
in. Weidner 2 1/2 3/4  
8.30 Uhr  
**Die eiserne Jungfrau**  
Gartenbühne  
8.30 Uhr  
Konzert u. Varietè  
Drei arme kleine Mägde!

**Winter Garten**  
4 Uhr 15. Flora 3434. Radchen erl.  
Paul Graetz. Peter Sachse.  
Jenny & Piccolo.  
Crocers & Crocers usw.

**HAUS VATERLAND**  
KURFÜRSTENPLATZ  
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins  
BETRIEB KEMPINSKI

**TUNA PARK**  
Eintritt 50 Pfennig  
Tanz im Freien - 3 Tons-Plächen  
**Heute Feuerwerk**  
In der 1. Juli-Nacht (Freitag)  
Verwandlung eines Ziegenbocks  
in einen schönen Jüngling.  
ALICHA WELLENBO

**GRADITZ-RENNEN**  
**Hoppegarten**  
**HEUTE 3 1/2 RENNEN**

Unser heutiges Auflage liegt ein Preisgeld der Firma Hermann Tiedt, Berlin bei, worauf wir unsere Leser besonders hinweisen.



# Falsch angegebene Direktorenbezüge

### Der klare Wortlaut des Gesetzes wird mißachtet.

Die Generalversammlung der Hamburg-Amerika-Linie führte im Gegenlag zu der des Norddeutschen Lloyd zu Stundenlangen Diskussionen. Eine ziemlich erhebliche Zahl von Kleinaktionären wollte sich mit der Kapitalzulammenlegung (3 zu 1) nicht einverstanden erklären. Sie verlangten, daß die Banken auf einen Teil ihrer Kapital- und Zinsforderungen verzichteten; sie übten Kritik an vielen Maßnahmen der Verwaltung und vor allem an den zu hohen Vorstandsgehältern. Es wurde der (später abgelehnte) Antrag gestellt, daß kein Direktor mehr als 20000 M. Gesamt-Jahresgehalt beziehen dürfte, solange weniger als vier Prozent Dividende verteilt werde. Die Verwaltungsvorschläge und die Sanierung wurden schließlich gegen den protestierten Protest der Kleinaktionäre beschlossen.

Den Bau von zwei Motorschiffen verteidigte die Verwaltung damit, daß die Bestindienfahrt nur mit modernen Schiffen rentabel betrieben werden könne; im übrigen sei der Bauauftrag nach Zustimmung der Reichsregierung im Interesse der Weiterbeschäftigung von Blohm u. Voß erteilt worden. Auf die Kritik an den hohen Vorstandsgehältern antwortete Generaldirektor Cuno mit großer Bereitwilligkeit, wobei ihm zwei bemerkenswerte Äußerungen entkamen.

Nach dem Bericht des „Berliner Tageblatt“ sagte er, er habe „auch in den besten Jahren noch nicht die Hälfte des oft genannten Betrages von 600 000 M. von der Hapag erhalten“. Nach nicht die Hälfte? Also knapp 300 000 M.! Aber es kommt noch besser.

Cuno hat weiter ausgeführt, in diesem Jahre seien die Aufwendungen für Vorstand und Aufsichtsrat mit 360 000 M. im Geschäftsbericht angegeben; dazu kämen noch Reisekosten, Repräsentationsgelder usw. in etwa gleicher Höhe. Wo haben Vorstand und Aufsichtsrat nicht 360 000 M., sondern 720 000 M. erhalten! Die Mitteilung im Geschäftsbericht ist nicht nur eine glatte Irreführung der Öffentlichkeit, sie ist auch ein offener Verstoß gegen die Aktienrechtsnovelle vom 19. September 1931. Diese verlangt nämlich, daß sämtliche Zahlungen (Grund und Bezeichnung spielen keine Rolle) anzugeben sind. Der neugeschaffene § 200a Absatz III Ziffer 6 lautet: „In dem Geschäftsbericht sind ferner Angaben zu machen über die Bezüge der Mitglieder des Vorstandes und die der Mitglieder des Aufsichtsrats (Gehalt, Vergütungen, die in einem Anteil am Jahresgewinn bestehen; Aufwandsentschädigungen; Provisionen und Nebenleistungen jeder Art).“

Der Wortlaut läßt nicht den geringsten Zweifel und wird auch allgemein nicht anders ausgelegt: jeder an Vorstand und Aufsichtsrat gezahlte Pfennig ist anzugeben! Ferner verlangt das Gesetz den Ausweis getrennt für Vorstand und Aufsichtsrat, eine Vorschrift, die allerdings vielen Verwaltungen zu unangenehm ist, so daß sie nur eine Ziffer angehen.

Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß die Publizität in den Geschäftsberichten der Großschiffahrt sehr zu wünschen übrig läßt. Was sich die Hapag hier geleistet hat, ist einfach ein Skandal, der um so übler ist, als die Hapag ganz selbstverständlich Steuer-gelder in riesigen Millionenbeträgen in Anspruch nimmt.

## Neue Reichssubventionen.

### Sechs Millionen Mark für Zink- und Bleibergwerke.

Die Entscheidung über die Subventionierung der Zink- und Bleibergwerke scheint gefallen zu sein. Wie wir erfahren, will das Reich für die verbleibenden neun Monate des Rechnungsjahres 1932 einen Betrag von 6 Millionen Mark zur Aufrechterhaltung des Betriebes in den Zink- und Bleibergwerken — hauptsächlich im Harz und Oberschlesien — verwenden. Die sechs Millionen sollen als rückzahlbares Darlehen gewährt werden, das jedoch unverzinslich ist, und zwar nur an Bergwerks-, nicht an Hüttenbetriebe. Ferner soll die Reichshilfe nur Privatbetrieben zugute kommen, d. h. Stolberger Zink, Giesches Erben und Schlesi-sche Bergwerks- und Hütten A.-G.

Die nächste Folge dieses Entschlusses ist die Erledigung der Frage des Zinsfußes. Die Belieferung der deutschen Verbraucher kann ohne allgemeine Zollverleierung erfolgen. Aber der Preis ist hoch: Wieder erhalten Privatbetriebe eine Subvention, bei der es zweifelhaft ist, ob sie trotz ihres Kreditcharakters jemals zurückgezahlt wird. Mindestens das Zinsgeschenk ist eine reine Subvention. Wir fordern auch hier, wo soziale Gründe die Subvention erträglich erscheinen lassen als in anderen Fällen, daß über die subventionierten Betriebe bei der Verteilung und Verwendung der Subvention die schärfste Kontrolle ausgeübt wird.

Es ist charakteristisch für die jetzige Reichsregierung, daß sie den Aufwand von Steuergeldern des Reiches in der Form von Subventionen nur an privatkapitalistische Unternehmungen zugestehet. Die Staatsbetriebe Preußens und Braunschweigs, bei denen die sozialen Gründe ebenso zwingend wie bei den Privatbetrieben, befinden sich in einer ebenso schlechten Lage wie die jetzt subventionierten privaten Betriebe. Dabei ist die Finanzlage der Länder denkbar schlecht. Die Reichsregierung setzt sich auch in Widerspruch zu den Beschlüssen des Reichsrats. Der Reichsrat wollte eine Erhöhung des Betrages von sechs auf acht Millionen, um auf diesem Wege die preussischen und braunschweigischen Betriebe nicht schlechter zu behandeln. Es ist nicht Schuld der Belegkassen, wenn sie in dem einen Falle in einem privaten und im anderen Falle in einem öffentlichen Betriebe arbeiten müssen. Dennoch werden sie gesüchtigt. Die Reichsregierung muß für die verschiedene Behandlung der beiden Betriebsgruppen auch die politische Verantwortung übernehmen.

In dieser Linie sind nur zwei Länder vorhanden, bei denen der Preisrückgang geringer war als in Deutschland: Frankreich und Großbritannien. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß in Frankreich schon bei Beginn der Krise der Preisstand relativ niedrig war und daß in Großbritannien der tatsächliche Preisrückgang infolge der Entwertung der Währung erheblich größer war, als in den Indeziffern zum Ausdruck kommt.

## Kartellpreise ab Juli wieder frei.

Die in der Rotterdamer Ordnung vom 8. Dezember 1931 ausgesprochene Sperrfrist gegen eine Erhöhung der Kartellpreise läuft am 1. Juli ab, da die in der Rotterdamer Ordnung vorgesehene Verlängerung nicht ausgesprochen worden ist. Rechtlich besteht also kein Hindernis, daß die Kartelle mit ihren Preisen wieder machen, was sie wollen.

Der Reichswirtschaftsminister hat aber an die Spitzenverbände der Unternehmer ein Schreiben gerichtet mit der Erwartung, daß trotz des Ablaufes der Sperrfrist bei der Festsetzung der Kartellpreise darauf Rücksicht genommen wird, daß die jetzige Wirtschaftslage einen niedrigen Preis erfordere. Bei

allen gegen diesen Grundlag verstoßenden Preisbindungen müßten auf Grund der Kartellverordnung vom 26. Juli 1930 Gegenmaß-nahmen ergriffen werden.

Ob das was nützt?

## Hohe Versicherungsgewinne.

### Bei Auszahlungen auf Todesfälle 23 Proz. auf Selbstmord

Auch der Victoria-Versicherungs-Konzern hat, wie fast alle Versicherungsunternehmen, unter der Krise nicht zu leiden. Die Haupt-gesellschaft, die Victoria zu Berlin, Allgemeine Ver-sicherung-A.-G., besitzt das Kapital der Victoria am Rhein, Allgemeine Versicherungs-A.-G., der Victoria am Rhein, Feuer- und Transport-Versicherungs-A.-G., und der Victoria-Rückversicherungs-A.-G. ganz und das Kapital der Victoria Feuerversicherungs-A.-G. zum größten Teile. Dieser Aktienbesitz ist verhältnismäßig hoch, zu 300 und 400 Proz., bewertet worden.

Die Victoria zu Berlin verteilt für das Geschäftsjahr 1931 auf ihr 3-Millionen-Mark-Kapital wieder eine Dividende von 18 Proz. Neben den regulären Abschreibungen von 2,7 Millionen Mark wurden Sonderabschreibungen von 2,4 Millionen Mark vorgenommen. Der gesamte Lebensversicherungsbestand hat sich auf 1265 Millionen Mark erhöht. Im Geschäftsbericht wird auf die erschreckende Zunahme der Selbstmorde — ein böses Zeichen für die Wirtschaftslage — hingewiesen. Im Jahre 1929 kamen nur 5,4 Proz. der Zahlungen für Todesfälle auf Selbstmorde, im Jahre 1931 waren es fast 23 Proz. In der Bilanz werden Hypotheken mit 131 Millionen Mark, Bankguthaben mit 16,1 Millionen Mark ausgewiesen; die Prämienreserven sind auf 191,2, Gewinnreserven auf 29,7 gestiegen, sonstige Reserven betragen 21,4 Millionen Mark.

Die Victoria-Feuer-Versicherung erhöht ihre Dividende sogar von 25 auf 30 Proz. Auffällig ist, daß Kursgewinne von 0,8 Millionen Mark in die Gewinnrechnung eingestuft wurden, ohne die ein Verlustabschluss entstanden wäre; eine Erläuterung dazu wird nicht gegeben. Die Victoria-Rück-versicherung zahlt wieder 19 Proz. Dividende.

Die Victoria am Rhein Allgemeine hat einen Lebensversicherungsbestand von 252 Millionen Mark. Sie zahlt wieder eine Dividende von 29 Proz. (auf die B-Aktien). Die Victoria am Rhein, Feuer- und Transportversicherung, erhöht die Dividende sogar von 31 auf 34 Proz. (auf die B-Aktien).

## Der Anbau von Getreide im Reich.

### Weizenanbaufläche seit 1930 um mehr als ein Viertel vergrößert.

Nach Feststellungen des Statistischen Reichsamts sind im ganzen Reich mit Winterroggen 4,38 Mill. Hektar, mit Sommerroggen 68 000 Hektar bebaut worden. Gegenüber dem Vorjahr ist der Roggenanbau wieder um 82 000 Hektar oder 1,9 Proz. gestiegen. Mit Winterweizen wurden 1,97 Mill. Hektar, mit Sommerweizen 0,3 Mill. Hektar bestellt, das sind gegenüber dem Vorjahr insgesamt 0,1 Mill. Hektar oder 5 Proz. mehr.

Seit dem Jahre 1930 ist der Weizenanbau um 0,5 Mill. Hektar oder 2,8 Proz. ausgedehnt worden, während der Roggenanbau um 0,26 Mill. Hektar oder 5,6 Proz. abnahm. Der Haferanbau ist um 4,7 Proz. (0,16 Mill. Hektar) zurückgegangen, während der Gerstenanbau geringfügig um 3,4 Proz. oder 30 000 Hektar ausgedehnt wurde.

## Die Finanzlage bei Junkers.

Die jetzt vorliegenden Berichte der Deutschen Revisions- und Treuhänder A.-G. hat bei den Junkers Flugzeugwerken die Aktien auf 9,75 und die Passiven auf 6,87 Millionen festgesetzt, so daß das Reinvermögen 2,87 Millionen Mark beträgt. Die Bilanz der Junkers Motorenwerke ergibt Aktiven von 3,37 und Passiven von 3,30 Millionen Mark.

Die Henschel A.-G. in Kassel verhandelt mit der Leitung der Junkers Motorenwerke über eine Beteiligung.

Keine Subvention für die UEG. Eine Bermalnungserklärung der UEG. bezeichnet die umfangreichen Gerüchte von einer bevorstehenden Hilfeleistung des Reiches bei der UEG. als vollkommen aus der Luft gegriffen. Das Unternehmen sei zur Zeit sehr kassig und bedürfe keinerlei Stützung oder Subventionen, zumal auch das Effektenportefeuille in Ordnung sei.

## Oesterreichs Wirtschaftsnote.

### Der Geschäftsbericht der Alpinen Montangesellschaft.

Der Geschäftsbericht der Oesterreichisch-Alpinen Montangesellschaft gibt ein Bild von Oesterreichs Wirtschaftsnote, das bei der Bedeutung dieses schwerindustriellen Wertes als typisch angesehen werden muß. Von dem 60-Millionen-Schilling-Kapital (ein Schilling gleich 52 Pfennig) befinden sich 56 Proz. im Besitz der Vereinigten Stahlwerke. Durch das Fisk-Geschäft hat das Deutsche Reich mit der Herrschaft über den Stahlverein auch mittelbar Einfluß auf dieses einzige schwerindustrielle Unternehmen Oesterreichs gewonnen. Die Verwaltung der Alpinen Montan hat so in unangenehmer Weise durch die Finanzierung der österreichischen Heimwehr und Hakenkreuzler von sich reden gemacht.

Das Geschäftsjahr 1931 stand naturgemäß unter dem Einfluß des Zusammenbruchs der Oesterreichischen Kreditanstalt im Mai 1931. Die Arbeitslosigkeit erreichte auch in Oesterreich eine Rekordhöhe. Der direkte Export der Alpinen Montan sank um 56 Proz., der Verkauf zum indirekten Export um 23 Proz. gegenüber dem Vorjahr. Der Gesamtumsatz des Unternehmens war von 135 Millionen Schilling im Jahre 1929 auf 105 Millionen im Jahre 1930 zurückgegangen und sank im Berichtsjahr weiter auf 76 Millionen Schilling oder um 28 Proz.

Obwohl ein Teil dieses Rückganges auf den Preisfall zurückzuführen ist, so daß die mengenmäßige Beschäftigung um weniger als 28 Proz. sich verschlechtert hat, ist der Abbau von Arbeitern und Angestellten mit 33 Proz. weit darüber hinausgegangen. Die Zahl der Arbeiter ermäßigte sich von 10 400 auf 6900, die der Angestellten von 1017 auf 687. Es muß also eine erhebliche Leistungssteigerung eingetreten sein.

Der Geschäftsüberschuß von 4,5 Millionen Schilling wurde zu Abschreibungen auf die Anlagen verwandt. Diese stehen mit 88,5, die Mobilien mit 21,7, die Vorräte mit 13,5 Millionen Schilling zu Buch. Forderungen von 12,9 Millionen Schilling stehen Schulden von 19,3 Millionen Mark gegenüber. Rücklagen sind mit 34,4 Millionen verzeichnet, langfristige Schulden mit 32,7 Millionen Schilling.

## Internationale Preisentwicklung.

Die folgenden Zahlen, die wir einer amtlichen amerikanischen Berechnung (veröffentlicht in den „Commerce Reports“ vom 13. Juni 1932) entnehmen, zeigt, daß in Deutschland der Preisrückgang (Großhandelspreise) noch immer einen erheblich geringeren Umfang hat als in fast allen übrigen Ländern. Die Angaben beziehen sich auf den April 1932.

| Land               | Veränderung in Proz.     |                          |
|--------------------|--------------------------|--------------------------|
|                    | Gegenüber dem April 1931 | Gegenüber dem April 1930 |
| Vereinigte Staaten | -12,4                    | -27,2                    |
| Belgien            | -17,3                    | -30,6                    |
| Kanada             | -8,2                     | -25,4                    |
| Frankreich         | -18,7                    | -19,9                    |
| Deutschland        | -13,5                    | -27,3                    |
| Japan              | -6,9                     | -3,6                     |
| Niederlande        | -21,6                    | -34,1                    |
| Polen              | -11,5                    | -22,8                    |
| Großbritannien     | -3,1                     | -17,2                    |

# Schacht der Große.

### Er dient Gregor Straßer, dem Kleinen. — Er wartet auf das Dritte Reich.

Dr. Schachts Ehrgeiz war immer groß. Er hofft jetzt auf das Dritte Reich. Aber daß Schachts Ehrgeiz auf diesem Wege sich darauf beschränkt, Gregor Straßers descheidener Kommentator zu sein, ist eine neue Ueberraschung dieses mit Ueberraschungen nicht sparenden Mannes. Er hat auf einer niedersächsischen Industrietagung in Kassel gesprochen, und wir zitieren nach den Mitteilungen des Conti-Nachrichtendienstes:

Der Protest der Wirtschaftskreise gegen die Ausfagung durch das bisherige Wirtschaftssystem. So meint Schacht, sei nie überfendelnde Resolutionen hinausgekommen. Die nationalen Kräfte, die jetzt ans Werk gelangen müßten, gäben für eine erfolgreiche Wirtschaftsführung erst die bis dahin nicht vorhandene Voraussetzung, Kapitalismus und Sozialismus seien keine Gegensätze. Die Einführung der 40-Stunden-Woche oder gar der Dreitagearbeitswoche sei ein schlimmer Verstoß gegen die Verdienstmöglichkeiten des Arbeiters. Die Wiederherstellung der freien Lohnpolitik und die Lohnfestsetzung nach der individuellen Verschiedenheit der Betriebe seien das einzig wirklich durchgreifende Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Schacht spricht auch von der Geistesarmut anderer. Es sei ein Zeichen von Geistesarmut und ein Mißbrauch mit einem der kostbarsten politischen Güter, mit dem Vertrauen des Volkes zu seiner Staatsleitung (man sieht, Schachts Vertrauen zu Papen ist sehr groß, D. Red.), daß unsere Demagogen immer und immer wieder mit nichts anderem ihre politische Propaganda betreiben zu sollen glauben als mit dem Schreckgespenst der Inflation. (Rein, Herr, Jeder will sie nicht, Schacht sagt es doch!) Laut und ausdrücklich

schloß sich Schacht der „immer wieder gehörten Versicherung“ an, daß die deutsche Währung völlig stabil sei. Es fehle Deutschland nicht an Geld, sondern an Kapital, das erarbeitet und erspart werden müsse. Unmisslich bemerkt er freilich, daß die Beschränkung der Einkommenshöhe unwirtschaftlich und unsittlich sei. (Das gilt natürlich nicht für Kürzung der Unterfügungen der Arbeitslosen und der Invaliden- und Kriegshinterbliebenrenten, D. Red.) In die Zinsgestaltung einzugreifen, läge auch kein Grund vor, wenn man von Staats wegen in die Preisregelung und Lohn-gestaltung eingreife.

Obwohl sich Schacht theoretisch scharf gegen das Schlagwort von der Autarkie ausspricht, kommt er doch zu der Feststellung, daß es unzutreffend sei, daß man im Außenhandel unsere Waren nicht kaufen würde, wenn wir nicht auch als Abnehmer auftreten würden. Auch das Ausland würde nicht leichten Herzens auf unsere hochwertigen Industrieprodukte verzichten. (Wir fürchten nach dem holländischen und dänischen Beispiel, daß sich das Ausland nicht als Wohlfabrikant für den deutschen Export betrachte, D. Red.)

Natürlich ist Schacht auch für Beharrlichkeit. Den Bestrebungen unserer Gegner, „uns mit allen Mitteln niederzureißen“, könne nur mit einer starken Beharrlichkeit und einem entschlossenen Behrwillen und zum anderen nur damit begegnet werden, daß wir dem Ausland begreiflich machen, daß der eigene wirtschaftliche Vorteil mit dem des Nachbarn Hand in Hand geht.

Müssen wir ausdrücklich sagen, daß diese Rede Schachts, der sich doch offenbar für einen der kommenden Männer hält, selber, Zuversicht auf das Dritte Reich auch nicht erhöhen kann?



# Catilina

## Historische Novelle von Lucifer

1.

Ein Schrei geht durch die Stille der Nacht und verhallt in den leeren Straßen. Eilige Schatten verschwinden um die nächste Ecke. Auf der Erde liegt stumm und reglos ein menschlicher Körper. Nach wenigen Minuten passiert die Nachtwache die Stelle, glittsch in einer Blutlache aus, fällt beinahe vornüber auf den Toten.

Ward! Der wievielte schon in wenigen Wochen?! Kein Mensch mehr zweifelt, daß diese Verbrechen von einer einzigen Hand geschehen, die sich vieler, fremder Hände bedient, um sich nicht selbst zu beflecken. Was kann der Grund dieser Verbrechen sein? Wer leitet seinen Arm dazu? Für welchen Preis? Weiß man etwa, weshalb diese Morde geschehen, kennt man gar die Mörder und kann sie dennoch nicht fassen, um sie zur Verantwortung zu ziehen? Oder will man sie nicht fassen? Was geht hier vor?

Raum wagt sich noch ein Bürger nachts allein auf die Straße. Merglich hütet er sich, seine Meinung zu äußern. In seinen Schlaf brechen Hüfte- und Todeschreie ein und rauben ihm Ruhe und Nervenkraft. Was soll der Bürger von der Staatsgewalt, von der höheren Ordnung denken, da er schuploses Freimild für eine Bonde müster Mordgefellen geworden ist!

Trotzdem schweigt der Bürger und führt nicht laute Klage. Angst um sein Leben drückt ihm die Kehle zu. Er wartet, wartet... Wartet auf die Nacht, die von ihm als Staatsbürger Vertrauen verlangt, hält Disziplin, weil man ihm immer wieder gesagt hat, daß der Staat es ist, der der Gewalt der Empörung die Gewalt der Ordnung entgegenzusetzen wird. Sein Leben, reich an Arbeit und Entbehrungen, hat ihn stark gemacht. Er hat in diesem Leben gelernt, Unrecht zu ertragen, um nicht selbst Unrecht zu begehen. Seine Antwort an jene, die ihm seine Rechte rauben wollen, besteht in der überlegenen Haltung. Also heißt es auch diesmal: Disziplin!

Wahr wie lange noch...?

2.

Ein Mann geht über die Straße. Bald hasten seine Schritte, bald schleichen sie behutsam und unsicher wie die einer Kautzbeute. Sein Gesicht ist leichenblau wie nach vielen schlaflosen Nächten. Unheimlich dieser Blick aus schwarzen stehenden Augen. Viele grüßen ihn. Reißt junge Leute. Wechseln mit ihm einen verständnisvollen Blick. Er scheint sie kaum zu beachten. Geht seines Wegs, mag mancher Kopf sich zögernd nach ihm drehen und mancher scheue Blick ihn freisen.

Lucius Catilina ist's, wenn nicht alle Zeichen trügen, zukünftiger Herr des Staates (was die Götter verhüten mögen!). Den Nachtag laut auszusprechen, hütet sich, wenn sein Leben lieb ist. Denn Catilina erfährt alles, was man über ihn spricht. Tausend Ohren hat er und ebensoviele Hände, die blind seinen Befehlen gehorchen. Und diese Hände sind gefürchtet.

Catilina, wenn auch noch nicht Herr des Staates, hat bereits eine Nacht hinter sich, die ihn in mehr als einem Sinn zum Herrn der Situation macht. Was ist leichter als in einem Staate, der von Kriegen und wirtschaftlichen Krisen zermürbt ist, Scharen von Hoffnungslosen und Verzweifelten zu finden! Und leichter noch als dies, all diesen Mühen und Entgeissten eine glorreiche Zukunft vorzugeweißen! Die Aussicht auf besseres Leben schafft Anhänger! Das trügerische Wort gesetzt an die Stelle der Tat und du bist Sieger! Wer prüft Wahrheit und Gestimmung unter gleichem Wamse! Catilina — wie er es auch immer macht, er wird es anders machen. Und das ist alles.

Das Volk? Es kann nur besser für die Notgeplagten werden. Keine Schulden mehr haben. Sich satt essen können... Das muß man ihnen sagen und man hat sie.

Die Soldaten, die, seit wieder Frieden ist, keine Soldaten mehr sind und trotzdem keine bürgerliche Arbeit finden, wissen, daß mit Catilina wieder ihr Kriegshandwerk zu Ansehen und Ehren gelangen wird. Und alle die, die nichts erwerben und nichts besitzen, sie alle haben ihre große Chance, Besitzende zu werden, ohne erst Besitz erwerben zu müssen. Wird Catilina halten, was er ihnen verspricht?

Was er nicht hält, man wird sich's selbst nehmen. Laßt er den Mann regieren — dann wird man schon die Häufte zeigen, die ihn emporgeloben haben!

Wer hält er nicht, was er verspricht? Da gibt es Treffen, Saufen, Weiber. Wer jung und mutig ist, einen Dreck zu verlieren hat und deshalb nur gewinnen kann, der komme zu Catilina!

Catilina ist schlau. Er spielt mit Begriffen wie ein Jongleur mit Gummibällen. Er ist ein Meister des Tricks. Er weiß, daß auch gelehrtestes Publikum sich von einfachsten Tricks verblüffen läßt. Worauf es immer und überall ankommt, ist, daß man gut schwimmbel kann. „Wir wollen Ehren, Ämter, Besitz“? Gehört So spricht kein Catilina. „Ihr werdet zu Ehren, Ämtern und Besitz gelangen, wenn ihr eure Pflicht gegenüber dem Vaterlande getan habt, und deshalb müßt ihr mir folgen, wenn ihr euer Vaterland liebt!“ Das ist es, was er sagt. So also erhebt er das Vaterland zum höheren Zwecke seiner ehrgeizigen Pläne.

Die unreife Jugend, die lebenshungrig und latendurstig in Scharen zu ihm läuft, glaubt willig seinen Worten. Nun frönt ihre Ausschweifungen, denen sie Catilina zuführt, ein Ideal. Und für dieses Ideal sind sie bereit, zu morden, mag es sich um harmlose Bürger handeln oder um die beiden Konsuln Lucius Cotta und Lucius Torquatus, die „Feinde des Vaterlandes und der Nation“, wie sie Catilina nannte.

Der Jugend geht es ums Vaterland, Catilina um die Konsulargewalt und dem Adel, der das Geld hergibt, um die Vernichtung der römischen Republik.

3.

Der Anschlag auf die Konsuln Cotta und Torquatus mißglückt?

Er möchte nicht Lucius Catilina heißen, wenn er sich dadurch ins Boshorn jagen ließe! Und Catilina trommelt seine Parteigänger zusammen und hält folgende Rede:

„Weshalb ist unser erster Angriff auf den Staat mißlungen? Erstens, weil wir verraten wurden. Zweitens, weil unser Unternehmen nicht genügend vorbereitet war. Verrat und Unzulänglichkeit! Fehler, die auf unserer Seite liegen. Sie dürfen nicht mehr geschehen, und deshalb müssen wir sie bekämpfen. Hätte ich nicht eure Entschlossenheit und Treue gegen mich erkannt, hätte ich dieses große, herrliche Unternehmen nie gewagt. Daß es in unseren Reihen trotzdem Unentschlossene gab, die feig geworden, zu Verrätern an unserer Sache wurden — das hätte ich allerdings auch erkennen müssen. Ich sage nicht, daß dieser Verrat mit Absicht geschah. Nein. Er ist aus menschlicher Schwäche geboren. Ihr werdet vielleicht schon gehört haben, daß die Wissenschaft der Heilkunst ein sonderbares, aber sicheres Mittel zur Bekämpfung von Krankheiten gefunden hat. Sie treibt die Krankheit mit der gleichen Krankheit aus dem menschlichen Körper. Von diesem Prinzip ausgehend, will ich fortan die Schwäche der Unentschlossenheit mit der Schwäche der

Furcht austreiben. Ihr sollt alle wissen, daß von jetzt ab jeder Verrat dem Verräter das Leben kostet. Ihr schwört mir nicht nur unbedingte Treue, sondern auch, daß ihr jeden, den ihr treulos gegen mich und euch findet, dafür mit dem Tode bestraft.

Was die Unzulänglichkeit unserer Vorbereitungen betrifft, so ist es nun Sache, an alle diejenigen zu appellieren, die sich schon einmal bereit erklärten, unser Unternehmen mit Geldmitteln zu unterstützen und zu fördern. Wir brauchen Geld und Waffen!

Ehe ich aber zum offenen Bürgerkrieg schreite, will ich nochmals versuchen, auf dem Boden der Legalität euren, der auch mein Wille ist, durchzuziehen. Ich bemehe mich um das Konsulat. Sollte es mir auch diesmal nicht gelingen...“

4.

Rein, es gelang nicht! Die Bürger Roms haben anders entschieden.

Was kümmerts Catilina! Der Wunsch des Volkes? Friede, Freiheit, Sicherheit und Aufbau? Weg damit! Nur eins gibt's: den nationalen Willen des Herrn Catilina.

Riederlage? Herr Catilina versucht nur mit um so erhöhtem Eifer die unteren und untersten Schichten der Bevölkerung Roms auf seine Seite zu bekommen, indem er sich als wahrer Freund und Befreier der Armen und Unterdrückten aufspielt. Er sagt den Reichen Kampf an und läßt sich gleichzeitig von ihnen Geld geben, das sie ihm auch gerne zu Verfügung stellen, da sie sich über Catilinas wahre Bestimmung durchaus im klaren sind. Keinen Augenblick zweifeln sie daran, daß Catilina die Massen bloß als Schlachtopfer für seinen Putsch braucht. Und der Adel Roms, der hinterhältige Feind der römischen Republik, erblickt in Catilinas Unternehmen die große Chance, die alten Vorrechte zurückzuerobieren. Wenn die Barone auch nicht öffentlich seiner Wahl zum Konsul zugestimmt haben, so sind ihre Sympathien doch ungeteilt auf der Seite des Umstürzlers. Gewiß, sie haben gegen ihn Marcus Tullius Cicero, diesen einfachen Mann aus dem Volke, und den Gaius Antonius gewählt. Weshalb sich auch als offenen Feind des Staates exponieren! Und Catilina mochte ruhig spüren, daß ohne Geld und Adel nichts zu machen ist. Sie wollen ihn sich verpflichten, indem sie ihn von sich abhängig machen.

Catilina durchschaut die Politik des Adels. „Hoppla“, denkt er, „ob Barone, ob Proleten, nehmt mich nur immer für euch in Anspruch, legt den Endes seid ihr meine Steigbügelhalter, und bin ich erst oben, dann könnt ihr mir allesamt den Buckel

rumterrücken! Wer die Nacht hat, fragt nicht danach, wer sie ihm gegeben hat!“

So will sich einer des anderen als Werkzeug bedienen. So preßt schon ein Dieb den anderen um die Beute, ehe sie noch gestohlen ist.

5.

Catilina trifft alle Vorbereitungen zu einem Staatsstreich. Er schafft sich eine Garde, bewaffnet sie bis an die Zähne und sorgt dafür, daß sie stets bereit und schlagfertig dasteht. Im ganzen Lande organisiert er den Bürgerkrieg. Tag und Nacht ist er auf den Beinen, reißt von Ort zu Ort, spricht hier und spricht dort und puscht Parteigänger wie Sturmabteilungen gründlich auf.

Aber weder Umsicht noch Tüchtigkeit bringen das Unternehmen vom Fleck. Denn während er hastig und jappelig wie ein Insekt umherzwärmt, durchkreuzt einen seiner Pläne nach dem andern mit Ruhe und Gelassenheit der einfache Mann aus dem Volke ohne Ihnen und aristokratische Würde: der Konsul Marcus Tullius Cicero.

Blint setzt sich Catilina mit seinen Anhängern in Verbindung und erklärt ihnen nachdrücklich, daß etwas geschehen müsse, um die Sache in Schwung zu bringen. Vor allem, meine Lieben; das wichtigste Hindernis beseitigen, diesen Marcus Tullius Cicero!

Aber siehe da! Bestürzt und unentschlossen steht die Schar der treuen Ritter vor dem mordlustigen Oberhaupt der Verschwörung und muntert sich gegenseitig durch Blicke auf, die heroische Tat für das Vaterland zu begehen. Sollen sie für ihn die Kationen aus dem Feuer holen? Was an Greifbarem hat er ihnen gegeben, dieser Herr Catilina, daß es schon der Mühe wert wäre, für die große, gemeinsame Sache seinen Kopf zu riskieren!

Catilina tut, Catilina überlegt. Soll er sie an ihren Eid erinnern? Er schweigt, um nicht als einziger dieses unheimliche Schweigen aller zu unterbrechen. Das Spiel verloren? O Wunder, zwei Jünglinge, unbescholten, frisch von der Schulbank her, treten vor und bieten ihm ihre Dienste an.

Gesiegt! Und Catilina, Lucius Catilina wirft sich in die Brust und verdonnert die Heiligste. Belämmert ziehen sie ab, sich gegenseitig ihre Mut- und Treulosigkeit vorwerfend.

Der nächste Morgen. Zwei junge Menschen, reine Toren von Catilinas Gnaden, pirschen sich an die Wohnung dieses Herrn Cicero heran. Klopfenden Herzens. Lauschen und wittern und — werden von einem Hausknecht, der weiß, was gespielt wird, gebührend empfangen.

Durch die Mitte ab und aus — auch dieses Mal! Und wieder Verrat!

Wer ist der Verräter? Catilinas angeborenes Mißtrauen steigert sich ins Krankhafte. Er läßt seine Freunde einen vom andern bespionieren, macht ihnen insgeheim für ihre dunklen Dienste verlockende Versprechungen und fördert auf diese Art die Korruption in seiner Partei. (Schluß folgt.)

# Weltuntergang im kleinen

## Besuch in einer modernen Hexenküche / Von Egon Larjen

Wir haben in letzter Zeit wiederholt auf die neuesten Versuche der Atomzertrümmerung und ihre Bedeutung für die Wissenschaft hingewiesen. Hier folgt ein Gang durch ein Laboratorium, in dem die Atomzertrümmerung betrieben wird.

Ein leeres Grundstück in der Koloniestraße. Zwischen Müllhaufen, Holzlagern, Kleingärten führt der Weg hindurch zu einem uralten Häuschen mit zerfallendem Putz. „Radiolgt-Institut für Atomforschung“ steht auf einem Schild. Das Schicksal scheint steinmütterlich mit der Wissenschaft unzugehen.

Hier arbeitet der junge Chemiker von Bohndorff mit seinen Freunden Karl und Elisabeth Weidlich seit Jahren — fast könnte man sagen: Tag und Nacht. Was treiben sie? Sie wollen Atome zertrümmern. Das ist keine einfache Sache, die Physiker aller Länder bemühen sich schon längst darum — aber Erfolge, die eine Ausnutzungsmöglichkeit im großen bieten, sind bisher noch nicht erzielt worden.

Vor dreizehn Jahren wurde zum erstenmal durch die aufsehenerregenden Versuche des englischen Physikers Lord Rutherford die Kaffische Vorstellung vom Wesen der Atome erschüttert. „Atom“: das heißt kleinstes, unteilbares Partikelchen der Materie. Aber auch das Atom ist nicht unteilbar, hat sich herausgestellt; man kann es zertrümmern, wiederum zerlegen in noch winzigere Teilchen. Verschiedene Stoffe, so das Radium, zertrümmern sich ständig selbst durch Abstoßung solcher Teilchen; eine Erscheinung, die man „Radioaktivität“ nennt und die bekanntlich starke Wirkung auf den menschlichen Organismus ausübt — heilend, im Uebermaß jedoch höchst gefährlich. Die Radiumstrahlen — so bezeichnet man das unaussprechliche Bombardement kleinster Materiestücklein — haben sich insbesondere bei Krebsleiden als Heilmittel durchgesetzt. Leider ist die Quantität des auf der Erde vorkommenden Radiums zu gering im Verhältnis zur Zahl derer, die dieses Heilmittels bedürfen.

Nun zeigte der „Altmeister der Atomzertrümmerung“, Lord Rutherford, schon 1919, daß die radioaktiven Alpha-Strahlen, die bei diesen Stoffzerfallsvorgängen ausgesandt werden, auch die Kerne anderer, nicht radioaktiver Atome durch ihr Bombardement zu zertrümmern vermögen; die „beschossenen“ Atome werden zum Ausschleudern von Wasserstoffteilchen in sehr hoher Geschwindigkeit gezwungen. Dieser Vorgang ist es, den man unter Atomzertrümmerung versteht. Die Forschung bemüht sich nun darum, die Zahl der zertrümmerungsfähigen Stoffe zu vergrößern und Mittel zur Atomzertrümmerung zu finden, die eine Regulierung der Energie und Schnelligkeit des „Bombardements“ erlauben.

Warum ist gerade dieses Forschungsgebiet so reizvoll? Was geht es uns an, wenn im Mikrokosmos sich Katastrophen vollziehen? Die Antwort ist sehr einfach: die beim Materiezerfall freiwerdenden Kräfte sind um ein Vielfaches größer als die beim Experiment aufgewandte Energie — also eine moderne Wari des Perpetuum mobile. Wunschtraum: Kraft aus dem Nichts. Zweitens aber zeigt sich die Möglichkeit, aus dem einen Grundstoff durch Umwandlung seiner Atome und Gewinnung der beim Stoffzerfall entstehenden „Abbauprodukte“ einen anderen zu schaffen — also genau die gleiche Idee, wie sie in vagen Umrissen seit jeher den Goldmachern vorschwebte! Nur daß hier keine ewig laufenden Uhren und keine Goldbarren geschaffen werden sollen, sondern Kräfte und Stoffe, die unendlich wichtiger und wertvoller sind.

Nach dieser theoretischen Belehrung führt uns Herr von Bohndorff in das Laboratorium. Mit Gesichtsmaske, Bleischürze und Gummihandschuhen geschützt, Maschinenmenschen nicht unähnlich, betreten wir den Schuppen, der als Laboratorium eingerichtet worden ist — ein Unikum an Primitivität: ein für das Salenauge hässliches Durcheinander von Rüssen, Drähten, Apparaten, Glasröhren, Schalttafeln unter löcherigem Holzdach, durch das der Regen sickert; viele Geräte sichtlich selbst gebaut, aus alten Einzelteilen zusammengesetzt.

Bohdorff tritt an eine der großen Schalttafeln, bestunt an den Knöpfen zu drehen, die Hebel einzuschalten. Eine Funkenstrecke zischt auf. Ein Rotor läßt sich surren an. Völlig: oben- bezugsendes Anotern, Hochspannungsblitze knallen durch den Raum, eine dicke Quarzröhre leuchtet in blendendem Grün auf; Bohndorff hält eine Metallplatte in die Nähe der Quarzröhre — und auf der Platte zuden winzige Lichtfunken: alles in allem ein unheimliches Schauspiel, unwahrscheinlich wie eine utopische Fegenküche aus einem Zukunftskaffin.

Man erklärt uns Sinn und Zweck der Anlage. Was wir miterlebt haben, ist eine Atomzertrümmerung. Einige hunderttausend Volt sind erzeugt worden. Metalle, in Reibform gebracht, zirkulieren durch Vakuumröhren. Der Stoffabbau selbst vollzieht sich in der grünleuchtenden Quarzröhre. Quecksilber, Aluminium, Kupfer, Blei — also auch schwere Metalle — lassen sich auf diese Weise mit Hilfe höchstkonzentrierter Strahlenenergie zerlegen; natürlich nur in winzigsten Mengen, Bruchteilen von Milligramm, denn bis zur Atomzertrümmerung am tausenden Band ist es noch weit. Zudem wäre ein derartiges „Großverfahren“ nicht ungefährlich — denn die Atomzertrümmerung ist eine Art ansteckende Krankheit, und die Stoffe, die von ihr erfaßt werden, bauen sich unter Umständen so radikal ab, daß von ihrer ursprünglichen Form nichts mehr übrig bleibt; also eine Art Weltuntergang im kleinen. Zum Glück ist ein wirklicher Weltuntergang, etwa hervorgerufen durch einen unvorsichtigen Atomzertrümmerer, deshalb schwer möglich, weil ständig eine Anlagensenergie zur Durchführung des Abbauprozesses geliefert werden muß.

Interessante Perspektiven, so erklärt uns Herr von Bohndorff, eröffnen sich auf diesem noch wenig erforschten Gebiet. Man weiß, daß die Abbaustrahlung von Gold zum Teil wirkungsvoller ist als sogar die des Radiums, und daß es durchaus möglich erscheint, einen Stoff künstlich zu erzeugen, der das seltene Radium ersetzt und an Heilwert sogar übertrifft.

Wie alle wissenschaftlichen Fortschritte, so wird auch dieser ständig bedroht vom Herr der Schwindler, Bluffer und Scharlatane, die stets als erste ihren unlauteren Gewinn aus neuen Erkenntnissen zu schlagen verstehen. Man tut gut daran, die Öffentlichkeit immer wieder nachdrücklich darauf hinzuweisen.

## Arabische Sprichwörter

Wenn die Gule ihm was einbringen würde, würde der Jäger sie nicht übergehen (Eulen werden in Arabien nicht geschossen).

Wenn man den Hund zur Jagd treiben muß, verzichte man lieber auf den Hund und auf seine Jagd.

Jedes Schaf hängt an seinem eigenen Knöchel (die geschlachteten Hammel werden an ihren Knöcheln aufgehängt).

Dem Skorpion nahe nicht, bei der Schlange schlaf und träume.

Von draußen haben sie schöne weiße Kleider, von innen sind sie voll Unrat (dieser Ausspruch wird meistens auf unbeliebte Christen angewandt).

Ein Dieb, der im Hause ist (ein Hausdieb), kann nicht bemacht werden.

Mit dem Sturze des Gelehrten stürzt die Welt.

Er hat kein Hemd, aber er muß seidene Hofenträger haben.

Sted' dich nicht zwischen die Zwiebel und ihre Schale, du wirst nur ihren schlechten Gestank abbetommen.

Man kann nicht zwei Melonen in einer Hand tragen.

Eine Rose macht keinen Frühling.

Ein fauler Apfel verdirbt 20 frische Äpfel, aber 20 frische Äpfel können keinen faulen Apfel gesund machen.

In der Ebene ist selbst der Hügel ein Berg.

Bis dein Brot dem Bäcker, auch wenn er die Hälfte davon stiehlt (das bedeutet, wende dich stets an einen Fachmann).